Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nach Bezugspreis mit Haus monat. 6000 M., durch die Post 5000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft i. o. Bezirk Halle-Merseburg, GmbH Halle Verkaufsstelle 14, Zimmer 1045/1047/1051. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 400 M. für den Millimeter Höhe und Spalte 2000 M. für Reklame. ansch. an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 250 Mark | **Donnerstag, den 28. Juni 1923** | **3. Jahrgang Nr. 148**

Die neue Pleite der Cuno-Regierung

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 28. Juni.

Am gestrigen Tag stieg die Nachfrage nach Devisen ungeheuerlich. Die Reichsbank war nicht in der Lage, den Dollarkurs, der an einigen Tagen bis auf 113 000 hinuntergegangen war, zu halten und die ungeheure Nachfrage zu befriedigen. Der offizielle Dollarkurs wurde auf 153 000 festgesetzt. Der Dollarschatzanweisungskurs stieg aber auf 178 000. Dollarnoten konnten nur 25 Prozent der angeforderten Mengen zugeteilt werden. Auch eine Reihe anderer ausländischer Zahlungsmittel konnte nur in beschränktem Maße den Aufkäufern zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausführungsbestimmungen zu der Devisenverordnung, die gestern erlassen wurden, sind außerordentlich zweideutig und vollkommen unwirksam. Eine Einschränkung der Devisenspekulation wird durch sie nicht herbeigeführt.

Auf dem Effektenmarkt setzt eine ungeheure Hausse ein. Kurssteigerungen von über eine Million Prozent, also 19 Millionen Mark für eine Aktie, kamen vor. Die Stinneswerte verdoppelten ihren Kurs.

*

Die Stützungsaktion der Reichsregierung der Reichsbank ist nach wenigen Tagen vollkommen zusammengebrochen. Der höchste amtliche Dollarkurs vom 18. Juni mit 148 000 wird durch den gestrigen amtlichen Kurs mit 153 000 überschritten, der höchste nichtamtliche Kurs von 170 000 am 18. Juni mit dem gestrigen nichtamtlichen Dollarschatzanweisungskurs von fast 180 000. Es klingt nunmehr wie ein Hohn, wenn der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, selbst Großindustrieller und Vertreter der großindustriellen Richtung in der Regierung, an die Wölfe im Schafspelz, an den Reichsverband der deutschen Industrie und Zentralverband des deutschen Großhandels, an den Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und an den Deutschen Industrie- und Handelstag einen Mahnruf richtet, sich die „allergrößte Einschränkung" aufzuerlegen und die erlassenen Vorschriften „peinlich" zu befolgen. **Nicht einen einzigen Tag ist die Devisenverordnung tatsächlich in Wirksamkeit gewesen, denn schon am ersten Tag haben die Kapitalisten sie zu umgehen verstanden.** Der kurze Rückgang des Dollarkurses, war nicht auf die Verordnung, nicht auf die Stützungsaktion der Reichsbank, sondern auf Markkäufe in London zurückzuführen.

Die neue Stützungsaktion der Reichsbank ist nach 4 Tagen zusammengebrochen. Der Dollar steigt wieder, die Preise steigen mit, die Lebenshaltungskosten werden erhöht und die Reallöhne der Arbeiterschaft sinken von Stunde zu Stunde; denn die Preise beginnen wieder nicht nur einmal, sondern mehrmals täglich hinaufzumerieren zu werden. Das Sinken der Reallöhne, die fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft, das ist die eine Seite des Zusammenbruchs der Stützungsaktion, des neuen Steigens des Dollars.

Und die andere Seite, dafür, daß Fleisch, Margarine, Fett und alle anderen wichtigen Lebensmittel um ein paar tausend Mark pro Pfund gestiegen sind, ist die Tatsache, daß die Effektenkurse an der Börse unglaublich gestiegen sind. Von den Stinneswerten stieg Bochum-Gußstahl von 1 475 000 Prozent auf 2 500 000 Prozent, also eine Aktie um mehr als 11 Millionen an einem Tag oder um so viel, als, gut gerechnet, 330 Arbeiter in der Woche verdienen.

Die dritte Stützungsaktion der Reichsbank ist zusammengebrochen. Zum 3. Male zeigt es sich, daß durch bureaukratische Maßnahmen und Verordnungen und Bitten nichts zu erreichen ist. Die wieder so groß angelegte Aktion ist schmählich im Sande verlaufen. Der Dollarkurs ist höher als zuvor. In diesem Augenblick glauben die sozialdemokratischen Führer, die Erregung der Arbeiterschaft durch neue finanztechnische Maßnahmen beruhigen zu können. Sie fordern neue bureaukratische Maßnahmen, sie fordern eine Angleichung an das tschechoslowakische Währungs-Schutzgesetz. Der Zusammenbruch dreier Stützungsaktionen hat aber auch dem letzten Arbeiter gezeigt, daß durch bureaukratische Maßnahmen seine Lage nicht zu bessern ist, sondern, daß der Kampf um die Markentwertung aufzuhalten, den Friedenszeellohn wieder zu erhalten, um Maßnahmen geführt werden muß, die geeignet sind, die Marktflucht, die Steuersabotage, die Devisenspekulation tatsächlich zu verhindern.

Alle Devisenzentralen und Devisenverordnungen von einer kapitalistischen Regierung durchgeführt, werden an den gegenwärtigen Verhältnissen nichts ändern, die am besten dadurch charakterisiert sind, daß je größer der Hunger, je größer das Elend der arbeitenden Bevölkerung, desto fetter die Gewinne der Kapitalisten.

Sachwerterfassung und Produktionskontrolle, durchgeführt von einer Arbeiter-Regierung, das sind die Parolen der Arbeiterschaft.

*

Kapitalistischer Patriotismus

Das Vaterland verlangt Opfer! So schreien die Nationalisten aller Grade. Die Kapitalisten schreien am lautesten. Wie sie das „Opferbringen" verstehen, das haben die Anilinkönige und das haben die Herren von „Phönix" dem braven deutschen Spießbürger schon sehr deutlich demonstriert. Es handelt sich nicht um Einzelerscheinungen. Im allgemeinen kann man vielmehr sagen, daß, abgesehen von wenigen Ausnahmen, jeder rafft wo er nur kann. Nur einige Beispiele:

Die zum Klöcknerkonzern gehörende Maschinenfabrik Humbold, Köln-Kalk, verkauft Maschinen an das Ausland, zahlt den französischen Zoll. Sie bleibt bei der Praxis trotz Auseinandersetzungen mit dem Arbeitergeberverband. Die Firma war sogar so patriotisch, sich für die Unterstützung der französischen Aktion aus der „Rhein- und Ruhrhilfe" extra bezahlt zu machen.

Die Gasmotorenfabrik Köln-Deutz (auch hier ist Klöckner beteiligt) liefert über die Grenzstation Lipta nach Frankreich Gasmotoren.

Die Rheinische Gummifädenfabrik, Köln, liefert ihre Fabrikate ebenfalls nach Frankreich.

Die Schiffswerft Sachsenberg, Köln, repariert während der Ruhrbesetzung französische Kriegsschiffe.

Eine Reihe von Zechen im besetzten Gebiet, so auch „Graf Bismarck", hat die Produktion wieder aufgenommen, obwohl die Gefahr der Beschlagnahme der Förderung besteht.

Das Städtische Elektrizitätswerk Oberhausen läßt Kabel bei Siemens Schuckert im unbesetzten Gebiet anfertigen, bezahlt den französischen Einfuhrzoll, unterstützt so Poincaré, obwohl die Kabel im besetzten Gebiet reichlich angefertigt werden könnten.

Bevorstehender Metallarbeiterstreik in Berlin?

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 28. Juni.

Das Schiedsgericht für die Metallarbeiter regelte gestern die Löhne der Berliner Arbeiterschaft auf die Höhe von 6500 Mark Stundenlohn für die 1. Klasse. Diesen Schiedsspruch haben die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes ohne Diskussion einstimmig abgelehnt. Infolgedessen findet am Freitag in den Betrieben eine Urabstimmung über die Frage: Annahme oder Streik, statt.

Erhöhte Tätigkeit der Faszisten

(Eigene Drahtmeldungen)

Essen, 28. Juni.

Faszistisches Gesindel überfiel in der Sonntagsnacht zwei Arbeiter mit Revolvern, mißhandelte sie und stahl ihnen 100 000 Mk. und sämtliche Ausweispapiere.

Rheinau. Faszisten erschossen einen Arbeitslosen, der für Franzosen Kohlen verlud.

Langenberg. Zum zweiten Male Abhaltung von Felddienstübungen der Hakenkreuzler in der Gegend von Elfringhausen. Die Arbeiter haben Vorsorge getroffen, eine Wiederholung zu verhindern.

Hamborn. Hier wurden Mitglieder einer faszistischen Sprengkolonne entdeckt und zwei von ihnen verhaftet. Der geheime Auftrag der zum Teil von französischen Fonds ausgehaltenen Nationalsozialisten, scheint zu sein, die Abwehrfront der Ruhrbevölkerung zu erschüttern.

Bochum. Der berüchtigte Stadtbaurat Diesenbach, Häuptling der Bochumer Faszisten, ist von den Franzosen verhaftet worden. Wenn die französischen Offiziere glauben sollten, daß sie sich damit Liebkind bei den Proleten machen könnten, so irren sie sich gewaltig. Die Proleten werden selbst mit ihren Diesenbächen abrechnen, wenn auch mit den klassenbewußten Pöbelus zusammen, aber niemals mit den Offizieren der französischen Finanzhyänen. Die Verhaftung hat den Bochumer Magistrat veranlaßt, den Verteidiger der französischen Ausbeutung, General Bonjean, zu bitten, Diesenbach freizulassen, weil er auch der Verteidiger der Ausbeutungsordnung ist. Der Magistrat rühmt seine Dienste als Arbeiterschlächter. Er appelliert an das reaktionäre Solidaritätsgefühl des Generals mit folgenden Worten: „Wir weisen besonders darauf hin, da wir annehmen, daß auch Ihnen, Herr General, an der Vorbeugung weiterer Unruhen gelegen sein dürfte."

Haussuchung im „Daily Herald"

„Landesverrat!"

London, 24. Juni.

Geheimpolizisten der City-Polizei haben sich in die Bureaus des radikalen Blattes „Daily Herald" begeben, um das Original und die Kopien einer Photographie des neuen britischen Riesen-U-Bootes zu erlangen, die im „Daily Herald" veröffentlicht worden ist. Das Original wurde ausgehändigt und die unverkauften Exemplare des „Daily Herald", die die Wiedergabe der Photographie enthalten, wurden mit Beschlag belegt.

Der Preußische Landtag und die Schulfrage

In diesem Jahre wurde der Etat des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Preußischen Landtag unter Ausschluß der kommunistischen Opposition verhandelt. Die kunstgerechten Boxer und im Arbeitermord ausgebildeten Polizeibeamten, die an den Türen des Sitzungssaales Wache gegen die kommunistischen Abgeordneten hielten, bildeten eine stilvolle Umrahmung der „Kulturdebatte", die da von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Schulfachmännern und Kulturerbpachtinhabern eine Woche lang gepflogen wurde. Diese Debatte, die vorausgegangenen Ausschußberatungen und schließlich die Abstimmung über die Anträge zum Kultusetat mußten auch dem Blindesten zeigen, daß es kein Gebiet in Preußen mehr gibt, in dem die Reaktion sich heute eine festere Hochburg zurückerobern konnte, als Wissenschaft und Volksbildung, deren Reform die Sozialdemokraten zu Hänischs Zeiten so großspurig ankündigten

Man muß es Herrn Boelitz, dem stinnesparteilichen Kultusminister, lassen, daß er es großartig verstand, das nach der Revolution bedrohte Bildungsmonopol der besitzenden Klassen aufs neue zu sichern und zu festigen. Die Etatberatungen bestätigen nur vor aller Oeffentlichkeit den Willen des Ministers und seines schwarzblauen Antikulturblocks, jegliche Reform mit dem Ziele des Einheitsschulgedankens abzulehnen. Wir Kommunisten haben seit jeher die Illusionen der bürgerlich-sozialdemokratischen Schulreformer verspottet. Das Ministerium Boelitz beweist durch seine Taten nur die Richtigkeit unserer Ablehnung der lächerlichen Politik eines Hänisch.

Das Ministerium Boelitz ist allerdings sehr fruchtbar in Reformen, die das höhere Schulwesen betreffen. Da regnet es nur so von Erlassen, Verfügungen und Anordnungen, welche das Ziel haben, die Mannigfaltigkeit des höheren Schulwesens noch zu vermehren, die verschiedenen Schulformen untereinander zu verbinden und jeder Begabung eine geeignete Schulform zu schaffen. Für die Kinder der besitzenden Klassen wird also aufs beste gesorgt. Noch nie aber ist die Volksschule so stiefmütterlich behandelt worden, als in dieser Zeit regen Ausbaus des höheren Schulwesens. Die einzige Leistung des Ministeriums Boelitz auf diesem Gebiet war die Herausgabe von Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule, in denen zum Beispiel für den Religionsunterricht die „göttliche Gnade" als ausschlaggebend für den Erfolg der Unterweisung bezeichnet wird und in denen für den Geschichtsunterricht nach wie vor die brandenburgisch-preußische Dynastengeschichte in den Vordergrund gestellt wird.

Die Errichtung der Grundschule und die Beseitigung der Vorschulen hat sich als völliger Schlag ins Wasser erwiesen. Das private Schulwesen als Ersatz der Vorschulen erfreut sich der uneingeschränkten Förderung und Billigung durch das Ministerium und durch die bürgerlichen Parteien, die planmäßig jeden Antrag, der auch nur eine Statistik dieses Unwesens verlangt, ablehnen. Von einem weiteren Ausbau der Grundschule durch Abbau der unteren Klassen des höheren Schulsystems kann unter solchen Umständen natürlich gar keine Rede sein. Ein kommunistischer Antrag, der auf diesen Abbau hinzielte, wurde mit den Stimmen der gesamten bürgerlichen Parteien und — der VSPD. abgelehnt.

Wenn der Hinweis auf die Geldnot bei allen Verbesserungen, die von kommunistischer Seite verlangt wurden, mit Sicherheit kam, so hörte man von diesem finanziellen Jammergeschrei sehr wenig bei der Beratung der ungeheuren Etatsummen, die auch diesmal wieder für die Pfaffen auf Kosten der Steuerleistungen des arbeitenden Volkes ausgeworfen wurden. Die deutschnational-zentrümlich-volksparteiliche Mehrheit lehnte sogar im Plenum einen sanften, im Hauptausschuß zufällig angenommenen, Antrag auf Beschleunigung der Trennung von Staat und Kirche ab. Daß die kommunistischen Anträge auf Streichung der Ausgaben für die Pfaffen abgelehnt wurden, bedarf kaum einer Erwähnung. Eine Schmach und Schande aber ist es, daß auch die VSPD. diese kommunistischen Anträge ablehnte und für die Bewilligung der Pfaffengehälter stimmte! Es gilt, überall den sozialdemokratischen Arbeitern diesen herrlichen Erfolg sozialdemokratischer Koalitionspolitik mitzuteilen.

Daß die Universitäten und die höheren Schulen Brutstätten der Reaktion sind, faszistische Zellen im siechen Leibe der sogenannten Republik, ist nachgerade zu einem Gemeinplatz geworden. Es war bezeichnend, daß von deutschnationaler Seite diesmal kaum eine Kritik an der allgemeinen Politik des Ministers Boelitz geübt wurde. Die Reaktion kann mit ihrem Minister zufrieden sein, der in den Fällen der Lichterfelder Primaner, des Mordnaden Stuben-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0001

reuch, des Herauswurfs eines kommunistischen Primaners in Stargard, der Duldung planmäßiger faszistischer Propaganda in den Schulen, der Förderung des unerhörten nationalistischen Lesebuch-Skandals, der Begünstigung konfessionellen Rückergeistes und der Schikanierung kommunistischer und sozialistischer Lehrer heute eine der stärksten Stützen der Konterrevolution in Deutschland ist.

Die Beamtenpolitik des Herrn Boelitz ergänzt nur das Gesamtbild eines Systems. Ein Kommunist wird von diesem Minister nicht mehr befördert, seitdem er wegen der Bestätigung des Kommunisten Goß als Direktor einer höheren Lehranstalt aufs schwerste von der Deutschen Volkspartei gerüffelt worden ist. Anrecht auf Beförderung haben unter Herrn Boelitz nur noch Leute, die energische Verfechter der Interessen des Bürgertums sind, in erster Linie Volksparteiler und Deutschnationale. Bekannt ist auch das Prinzip des Ministers, an konfessionellen Schulen, die er in jeder Weise begünstigt und die er offen als die beste Schulform bezeichnet, niemals Dissidenten als Rektoren zuzulassen. So wird in der Lehrerschaft wieder planmäßig kirchliche Heuchelei und politisches Streberthum großgezüchtet. — Der Lehrernachwuchs, die Junglehrer und die Studienassessoren, müssen zum Teil in unsagbarem wirtschaftlichen Elend verkommen, ohne daß die bürgerlichen Parteien, deren Maul vor Lehrerfreundlichkeit überfließt, ihnen irgendwie helfen.

Die kommunistische Fraktion hatte zum Kultusetat eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen einzig und allein der erste Satz eines Antrages auf Ausbau der Schulhygiene vom Landtag angenommen wurde. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion, die aus Rücksicht auf die Interessen der großen Koalition weder im Ausschuß noch im Plenum des Landtags, es wagte, grundsätzliche Opposition gegen das System Boelitz zu betreiben, stimmte zusammen mit den Bürgerlichen eine ganze Reihe unserer Anträge nieder. Wir verlangten in einem grundsätzlichen Antrag die weltliche Einheits- und Arbeitsschule. Wir verlangten obligatorische Schulspeisung und Einrichtung von hauptamtlichen Schularztstellen für nicht mehr als 1000 Kinder. Wir verlangten Beseitigung der Ranglisten und des Titelwesens, Einforderung von Berichten über die Bekämpfung des militaristischen und monarchistischen Geistes, Entfernung der Erinnerungszeichen an die monarchistische Epoche aus den Schulgebäuden, Beschränkung der Klassenfrequenz auf die Schülerzahl von 30, unentgeltlichen Hochschulbesuch, Teilnahmerecht der Elternräte an den Lehrerkonferenzen und anderes mehr. Gegen all das stimmte die Fraktion der MSPD. im Landtag!

Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß von den Redensarten der sozialdemokratischen Reformpolitiker über die Möglichkeit einer Schulreform in der kapitalistischen Republik heute nichts mehr übrig geblieben ist. Nur die Ueberwindung der Koalitionspolitik, die solche Früchte, wie das preußische Kultusministerium Boelitz zeitigt, und die Errichtung einer revolutionären Arbeiter-Regierung kann auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik die Ketten der Arbeiterklasse zerbrechen.

Gute Zeiten für Mörder

Der Skandal über das Verhalten der Schweriner Staatsanwaltschaft wird immer größer. Die Staatsanwaltschaft hat die Schriftführer der deutschvölkischen Freiheitspartei, Masolle und den Fabrikanten Theo v. Hardt, wieder freigelassen, trotzdem feststeht, daß Masolle die Kollkommandos zusammengerufen hat, von der Zeche 30 000 bis 40 000 Mk. und v. Hardt 80 000 Mk. bezahlt haben. Hardt sprach selbst davon, unseren Genossen Bogenhardt zu erledigen. Hardt wollte einen Jagdwagen, der zur Tat mit benutzt werden sollte, telephonisch herbeirufen, als dies nicht gelang, holte ihn Masolle.

Interessant ist noch folgende Mitteilung des „Vorwärts" über die Tätigkeit der Schweriner Staatsanwaltschaft:

„Sie entfaltet eine besondere Energie bei der Fahndung nach den Angebern der Tat: gegen den Hauptgewährsmann des „Vorwärts", durch den die ganze Angelegenheit erst aufgedeckt werden konnte, ist Haftbefehl erlassen worden, obwohl nach allen bisherigen Feststellungen er nur gezwungen dem grauenhaften Vorgang beigewohnt hat und nach seiner genauen Darstellung, die sich sonst in allen Punkten bewahrheitet hat, sich rein passiv verhielt. Zunächst hatte der Schweriner Staatsanwalt, als ihm von der Berliner Polizei Mitteilung von den Angaben des Gewährsmanns des „Vorwärts" gemacht worden war, überhaupt nichts unternommen. Er überließ es vollkommen der Polizei, diese Angaben nachzuprüfen. Als sie sich jedoch bewahrheiteten, war eine seiner ersten Amtshandlungen, den Haftbefehl gegen den Gewährsmann durch den Amtsrichter ergehen zu lassen."

Mit dieser weißen Justiz muß aufgeräumt werden. Faszistische Mörder werden entlassen, die Angeber der Mordtat verhaftet. Wir haben es wirklich weit gebracht in der deutschen Republik unter dem Justizminister Heinze.

Der Feldzug gegen die kommunistische Presse

Es unterliegt keinem Zweifel mehr:

Die Regierung Cuno — die preußische Klassenjustiz — will das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, „Die Rote Fahne", unterdrücken!

„Die Rote Fahne" hat zu offen und unverblümt die Wahrheit gesagt!

„Die Rote Fahne" hat zu hell hinter die Kulissen der politischen und wirtschaftlichen Schiebereien der Sittnes-Republik geleuchtet!

„Die Rote Fahne" hat die Riesenbestrügereien und Schwindeleien der kapitalistischen Wucherer aufgedeckt!

„Die Rote Fahne" hat die Schurken, die Deutschlands Auswertung bewerkstelligen, entlarvt und dem arbeitenden Volke denunziert.

„Die Rote Fahne" hat die Duldung dieser Betrügereien und Schwindeleien durch die Staatsorgane und die Regierungen festgenagelt.

Kein Wunder, daß „Die Rote Fahne" „oben" unangenehm wurde. „Die Rote Fahne" soll deshalb vernichtet werden!

Mit einem einfachen nackten Verbot wagt man es nicht mehr. Die Arbeiter könnten rebellisch werden. Die letzten Verbote „Der Roten Fahne" konnten nicht aufrechterhalten werden, da man sich eingestehen mußte, daß diese Verbote eine große politische Dummheit waren. Die Arbeiter in allen Betrieben, ohne Unterschied der Parteirichtungen, nahmen zu den Verboten Stellung und verurteilten sie auf das schärfste.

Also mit Verboten geht es nicht. Da versucht man es jetzt damit, daß man die Redakteure „Der Roten Fahne" einfach ins Gefängnis wirft. An einem einzigen Tage, am 27. Juni, standen gegen den Genossen Richard Jannes sechs Prozesse in Moabit zur Verhandlung. Auf 1 Million 700 000 Mk. lauteten die Urteile! Seit Wochen sitzt der Genosse Erich Gentsch im Gefängnis, wird dort wegen einer Sache festgehalten, bei der weder Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht auch im entferntesten in Frage kommen kann. Er wird nur festgehalten zu dem Zwecke, um ihn nicht in „Der Roten Fahne" arbeiten zu lassen. Auch die bürgerliche Justiz versucht durch drakonische Urteile, durch hohe Geldstrafen, den Verlag „Klassenkampf" zu vernichten.

Ist es nicht ein tolles Stück, die Organisatoren und intellektuellen Urheber des Parchimer Mordes, die von langer Hand planmäßig diesen Mord ausgedacht und organisiert haben, befinden sich auf freiem Fuße. Für sie gibt es keinen Verdunkelungsverdacht oder Fluchtgefahr! Der Redakteur aber, der in diese sumpfige Kloake hineinleuchtet, wird ins Gefängnis geworfen!

Der Genosse Otto Steinicke wurde gestern in seiner Wohnung verhaftet wegen eines Prozesses, der am Freitag verhandelt wird. Der Genosse Steinicke ist bisher zu allen Verhandlungen, zu denen er geladen wurde, erschienen. An den Vorgängen, die der Prozeßangelegenheit zugrunde liegen, war er nachweislich gar nicht beteiligt. Es liegt also hier ebenfalls weder Verdunkelungsgefahr oder Fluchtverdacht vor.

Die Verfolgung der „Roten Fahne" durch die Klassenjustiz ist ein so unerhörter Skandal und eine so freche Verhöhnung der durch die Verfassung gewährleisteten Pressefreiheit, wie wir sie in der Geschichte der Verfolgungen der oppositionellen Pressen noch nie in Deutschland zu verzeichnen hatten. **Es ist die Methode der Bekämpfung der Presse, wie wir sie einzig und allein aus den Praktiken Mussolinis, des italienischen Faszistenhäuptlings, kennengelernt haben.**

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Klassenjustiz im Kampfe gegen „Die Rote Fahne" das italienische Beispiel nachzuahmen sucht.

Deutschland ist aber nicht Italien und die deutsche Arbeiterklasse wird den Herrschaften, die glauben, mit faszistischen Rezepten regieren zu können, die gebührende Antwort geben.

Späte Erkenntnis — doch noch nicht zu spät

Das baltische „Volksblatt" schreibt gestern:

„Schon haben die führenden Kreise unserer Partei in Schleswig-Holstein zur organisierten Abwehr aufgerufen. Der Aufruf sagt in eindringlichen Worten den verantwortlichen Staatsmännern, daß auf sie kein Verlaß ist und daß die republikanisch gesinnte Arbeiterschaft einfach gezwungen ist, **zum Selbstschutz zu greifen.** Um wieviel notwendiger ist es in Mitteldeutschland — wo das Hakenkreuzgeschmeiß in seiner Kühnheit nur noch von den Hitler-Banden überboten wird — die gleichen Maßnahmen zu ergreifen. Auch wir können keine Minute mehr verlieren! **Es ist fünf Minuten vor Zwölf. Wir können der schamlosen Hetze, der Mobilmachung des deutschen Faszismus, nicht mehr tatenlos zusehen,** wenn wir nicht unseren Untergang selbst bereiten helfen wollen. Nur eins ist noch möglich: Republik oder Chaos!

Die Verantwortung für all das Elend, das ein Bürgerkrieg über Deutschland bringt, tragen die Rechtssozialisten, deren bat sich jeder einzelne Arbeiter bewußt zu bleiben und dementsprechend zu handeln. Der Regierung werden hoffentlich die Treibereien der Hakenkreuzler nicht verborgen bleiben. Sie muß sich darüber klar sein, daß ihre Untätigkeit und lare Führung des Kampfes gegen die Feinde der Republik diese immer dreister macht, daß aber das Vertrauen des republikanischen Volksteils erschüttert wird und seine Abwehrkraft geschwächt wird, wenn nicht mit eiserner Rücksichtslosigkeit durchgegriffen wird. Wir sagen es aber auch den bürgerlichen Parteien und ihrer Presse, die hinter den Regierungen stehen, daß ihre Zaghaftigkeit und pflaumenweiche Abwehr der nationalistischen Frechheiten mit daran schuld sind, wenn die Frage, wohin treiben wir, beantwortet werden muß: **Mit täglich sichtbarer Zwangsläufigkeit in den blutigsten Bürgerkrieg!"**

Diese Erkenntnis kommt der sozialdemokratischen Zeitung reichlich spät, doch noch nicht zu spät. Wir begrüßen diese Stellung des „Volksblattes" und hoffen, daß die Sozialdemokratische Partei, nachdem am Sonntag in Eisleben sozialdemokratische Arbeiter Schulter an Schulter mit uns Kommunisten gestanden haben, nun auch die so notwendige Einheitsfront zur Abwehr des Faszismus bildet. Eine Illusion müssen wir aber zerstören: Die Cuno-Regierung wird nicht mit eiserner Rücksichtslosigkeit durchgreifen. Rücksichtslos mit dem faszistischen Gesindel aufräumen kann nur die einige Kampffront des Proletariats.

Bürgerliche Berichterstattung

Der „Stahlhelm" und die bürgerliche Presse, ganz gleich, ob völkische oder Judenpresse, sind unübertrefflich — im Schwindeln. Während in Halle die „Stahlhelm"- und „Hakenkreuz"-Presse nicht allzuviel über einen „glorreichen" Sieg schwindelt, steigt der Schwindel mit der Größe der Entfernung.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

„. . . dann aber überfielen etwa 100 Kommunisten die hallische Jugendgruppe der Stahlhelmleute; einer der letzteren erhielt einen Messerstich in den Bauch, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, drei andere erhielten Kopfverletzungen. Bei dem sich entwickelnden Kampfe wurden die Kommunisten von den Stahlhelmleuten furchtbar zusammengehauen; ein Kommunist blieb tot auf dem Platze, zwölf andere wurden zum Teil schwer verwundet."

Nach dem „Berliner Tageblatt wurde ein „Stahlhelm"jüngling „durch Oberschenkelschuß erheblich verletzt. Etwa 18 Personen wurden durch Schlag- und Stichwunden leicht verletzt".

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" melden:

„Nachmittags gegen 5 Uhr drang eine Anzahl Kommunisten in das Festlokal „Terrasse" ein. Als sich die Stahlhelmleute zur Wehr setzten, kam es zu einer Rauferei, wobei die Messer eine große Rolle spielten; von seiten der Kommunisten fiel auch ein Schuß. Auf Anruf erschien die Schupo sofort, die von der Waffe Gebrauch machen mußte. Bei den Kommunisten wurden 12 bis 15 Mann leicht, teilweise auch schwer verletzt; ein Mann, der beim Eingreifen der Polizei einen Schuß erhielt, soll gestorben sein. Auch die Stahlhelmleute hatten Verwundete."

Die Eisleber Presse berichtet von 12 000 Teilnehmern, die halische Presse von 15 000, die „Deutsche Zeitung" in Berlin von 18 000 Teilnehmern am Umzuge. Das Leib- und Magenblatt der Deutschvölkischen, der „Völkische Beobachter" hat bis heute noch keinen Bericht gebracht. Sollten die Hitler-Leute einen den Tatsachen entsprechenden Bericht nach München über die Niederlage des „Stahlhelms" geschickt haben? Den kann dann der „Völkische Beobachter" natürlich seinen Lesern nicht vorsetzen.

Kommunistischer Wahlerfolg in Oberschlesien

(Eigene Drahtmeldung)

Beuthen, 27. Juni.

Am Sonntag fanden in Beuthen in Oberschlesien die Stadtverordnetenwahlen statt. Hierbei erhielten Stimmen und Mandate: KPD.: 1270 Stimmen, 3 Mandate (bisher 0 Mandat); MSPD.: 583 Stimmen, 1 Mandat (bisher 4 Mandate); Deutschnat.: 971 Stimmen, 3 Mandate; Deutsche Volkspartei: 614 Stimmen, 2 Mandate; Demokraten: 1310 Stimmen, 3 Mandate; Zentrum: 5746 Stimmen, 15 Mandate; Polnisch-katholische Partei: 1083 Stimmen, 3 Mandate; Nationalsoziale: 1854 Stimmen, 5 Mandate; Beamte und Angestellte: 901 Stimmen, 2 Mandate; Flüchtlinge und Verdrängte: 229 Stimmen, 1 Mandat; Mieterschutzverein: 693 Stimmen, 2 Mandate; Mittelstandspartei: 866 Stimmen 2 Mandate.

Charakteristisch bei dieser Wahl ist, daß hier zwölf Parteien als Bewerber aufgetreten sind. Damit dürfte der Rekord auf diesem Gebiete geschlagen sein.

Die Sozialdemokratie, die im Gegensatz zu uns dort eine eigene Presse hat und für die eine große Anzahl Gewerkschaftsbeamte als Agitatoren wirken, ist fast vollkommen verschwunden. Ihre Anhänger sind restlos zu unserer Partei geströmt. Das ist die Antwort auf ihr Verhalten bei der letzten Streikbewegung.

Vor der Sachsenfront

Amnestie für Proletarierfrauen

Am 21. Juni wurde vor dem Sächsischen Landtage von der Regierung eine Amnestievorlage für die Opfer der §§ 217 und 218 verhandelt. Die Amnestie wurde durch den demokratischen Ministerialrat Wulffen begründet. Die bürgerliche Partei, mit Einschluß Wulffens Parteifreunden, tobten; um so lebhafter ist die Zustimmung auf der linken Seite des Hauses. Wulffen legte dar, daß, je höher die Not und das Elend des Volkes steigen, um so massenhafter die Anlagen zur Abtreibung aus dem Boden wachsen. Die Geschworenen der letzten Periode des Schwurgerichts in Chemnitz haben sich einstimmig entschlossen, Begnadigungsgesuche für die Abtreibungsstraftaten bei der Regierung einzureichen. Naturgemäß fallen unter die Anklagen fast durchweg Frauen des Arbeiterstandes, während die Frauen des Bürgertums durch gutbezahlte Helfer die Möglichkeit haben, sich straffrei zu halten. Diese Behauptung Wulffens rief bei den Bürgerlichen stürmische Entrüstung hervor. Für die Sozialdemokraten sprach Thümmel, für unsere Partei Genosse Renner, die sich für die Amnestie erklärten. Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Konferenz der russischen Jugend

(Eigene Drahtmeldung)

Moskau, 27. Juni.

Auf der am 26. d. M. eröffneten allrussischen Konferenz der russischen kommunistischen Jugend hielt das Referat über die Lage der kommunistischen Jugendinternationale Petrowski, der gegenüber dem Bankrott der reformistischen Internationale das schnelle Wachstum der kommunistischen Jugendbewegung, besonders in Mitteleuropa, betonte. Eine große Rede hielt Schaztkin, der Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, der auf die Notwendigkeit eines engeren Zusammenarbeitens der Jugend der Sowjetrepubliken mit der Jugend des Auslands hinwies. Die Konferenz nahm eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen an.

Massenausweisungen aus Mainz. Aus dem Bezirk Mainz wurden 600 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen. Ihr Hausrat wurde beschlagnahmt.

Nochmals zur Betriebszellenarbeit

Trotz des einmütigen Beschlusses des Zentralausschusses und einer Serie Artikel über die Betriebszellen wird die organisatorische Umstellung der Partei viel zu langsam und unentschieden verwirklicht. Die natürlichen Schwierigkeiten, die sich bei jeder organisatorischen Umstellung ergeben, der organisatorische Konservatismus und der Mangel der Ueberzeugung, daß die Arbeit wirklich notwendig ist, tragen dazu bei. Viele Genossen denken anscheinend immer noch, unruhige Geister aus der Parteizentrale hätten einen Plan ausgeheckt, um organisatorische Experimente zu machen. Angeblich sind Ansätze von Fraktionen bei uns schon in den großen Betrieben vor einiger Zeit geschaffen worden. Hier muß man verbessern, dann wird alles klappen. Die politische Notwendigkeit, die Partei neuen, viel größeren Aufgaben organisatorisch anzupassen, wird vielfach ganz aus dem Gesichtsfeld verloren. Den politischen Gründen des organisatorischen Umbaues seien einige Bemerkungen gewidmet.

1. Die KPD. muß eine arbeitende Partei werden. Nicht nur die Ortsleitungen oder die verantwortlichen Funktionäre können jetzt, wie es bisher der Fall war, die Arbeit allein oder mit Unterstützung schmaler Partei-Mitgliederkreise durchziehen. Die Gärungen in den proletarischen Massen, die steigende Not, der Zerfallsprozeß der Wirtschaft, die Kapitulation des Bürgertums und der MSPD. vor Poincaré, alle diese Tatsachen rollen wieder einmal vor den breitesten proletarischen Massen alle ökonomischen politischen Fragen auf. Jedes Mitglied der Partei muß die Arbeit mitmachen. Der Kommunist hat nicht nur sein Parteibuch, wie der MSPD.-Arbeiter und wählt kommunistisch, sondern er muß sich unbedingt im Betriebe an einem wichtigen politischen Posten als Vertreter seiner Partei fühlen. Er ist im Betriebe nicht nur ein Lohnsklave, sondern ein politischer Kämpfer. Die Taktik der Partei, der Kampf um die Einheitsfront, wird im Betriebe erprobt, dort an Ort und Stelle durchgesetzt. **Wir werden nirmals die proletarischen Massen zusammenfassen, wenn wir nicht als Gesamtpartei in den Betrieben direkt diese Arbeit durchsetzen lernen.**

2. Dementsprechend muß unsere Propaganda geändert werden. Die Vorträge in den Mitgliedere- und Funktionärversammlungen klären unsere Parteimitglieder auf. Sie sagen, was ist, aber sie sagen noch nicht, wie man es weiter geben und durchführen soll. Die wichtigste Frage in dem Beginn der Massenbewegung ist nicht das, für was man agitiert, sondern wie man agitieren soll. Die besten, überzeugtesten Genossen können den plumpsten Trick eines National-Sozialisten oder auch eines sozialdemokratischen Führers nicht parieren, wenn sie nicht lernen, sich der Psychologie ihrer Betriebskollegen anzupassen, danach ihre Propaganda einzustellen.

Diese Anweisungen aber kann unser Parteimitglied nur in seiner Betriebszelle bekommen. Hier rollt er die konkreten Fragen auf, die ihm selbst gestellt werden. Hier bekommt er die Antworten, die er weiter ausnützen und verwerten kann.

Die Betriebszellen der Großbetriebe müssen ihren beständigen Platz in der kommunistischen Presse haben. Hier sollen die sozialen, ökonomischen, parteiischen Abspiegelungen des Lebens im Betriebe ihren Ausdruck bekommen. Auch das kulturelle Leben, wie Dichtungen, Gedanken, Fragen der Produktion müssen sich hier widerspiegeln. Dem allen muß nicht weniger, sondern mehr Aufmerksamkeit, **mehr als einem Parlamentsbericht geschenkt werden.**

3. Wenn die Massenpartei durch eine solche erweiterte und vertiefte Arbeit in den Betrieben geschaffen werden kann, so bekommt die Partei in ihrer taktischen Linie viel mehr Sicherheit, weil die Stimmung der Arbeiterschaft, ihre Schichtungen, parteipolitische Umgruppierungen, schneller, sicherer, klarer, festgestellt werden können. Die Partei wird durch die Betriebszellen die Partei der Aktion. Jeder Befehl der Partei, jeder Beschluß bekommt eine hundertfach gesteigerte Bedeutung. Die Betriebszelle bringt alle Beschlüsse direkt in die Massen. Sie erprobt sie und verwirklicht sie. Halten die Zellen Modifizierungen, kleine Abänderungen in der Kampagne oder in der Aktion für notwendig, dann machen die Betriebszellen unmittelbar den Parteileitungen davon Mitteilung, die Partei kann die Beschlüsse schnell in abgeänderter Form den Betrieben zurückschicken. Die Betriebszellen sind die Telephonadrähte, die die unmittelbare lebendige Verbindung einer wirklich arbeitenden Massenpartei mit den breitesten Massen schafft. Die Betriebe sind **unsere Burg. Die Einstellung der Arbeiter, daß das politische Leben erst nach der Arbeit beginne, entspricht einer schädlichen, bürgerlichen Auffassung, es ist die Stimmung eines Lohnsklaven.** Der kämpfende Arbeiter weiß, daß sein Leben im Betriebe vergeht und dort muß er seine ökonomische und politische Arbeit führen. Die steigende Not, die Erschöpfung der Arbeitermassen Deutschlands, die Gefahr, daß der Achtstundentag beseitigt wird, betonen mit erneuter Kraft, daß wir nur mit der Ueberlragung des Schwergewichts der politischen Arbeit auf die Betriebe, die Sicherheit gewinnen, die Massen zu erfassen, und in den Kampf hineinführen. **Es ist kein Zufall, daß gerade in der Situation, wo die KPD. die führende Partei der breiten Massen werden muß, sie noch eine Reihe neuer organisatorischer Aufgaben zu lösen hat. Die Betriebszelle als organisatorischer Grundstein der Partei bleibt ein abstraktes Prinzip, ein theoretischer Grundsatz, solange die Partei nicht die Zellen praktisch ausbaut und mit ihren praktischen Aufgaben erfüllt. Die KPD. ist bei diesem Punkt angelangt. Will die Partei unbesiegbar werden, dann muß die Partei jetzt, am Vorabend großer Kämpfe, mit der größten Energie die geforderte Arbeit bewältigen. Die bürgerliche Reaktion und ihre faszistischen Gesellen können einzelne Führer töten, einzelne Organisationen, ganze Ortsgruppen der Partei „auflösen", in die Illegalität stoßen, aber die Betriebszelle, die Seele der Partei, mit ihren verzweigten und intimen Verbindungen mit den proletarischen Massen, sie ist unsterblich. Mit den Betriebszellen wächst die Partei im Gleichschritt mit ihren politischen Aufgaben und ihren revolutionären Zielen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0002

Preußische Justizschande

Hungerstreik in der Strafanstalt Münster

Die Verhältnisse in den preußischen Strafanstalten schreien zum Himmel. Das ist bekannt, muß aber immer wieder laut ins Land hinausgeschrien werden, um die Oeffentlichkeit auf die Opfer aufmerksam zu machen, die dem Ungeheuer — genannt Preußische Justiz — in die Klauen gefallen sind.

Im Verlauf des großen Lohnkampfes an der Ruhr wurden einige streikende Arbeiter als „Urheber der Unruhen" verhaftet und in die Strafanstalt Münster überführt. Unter ihnen der kommunistische Redakteur Stahl. Aus einem aus dem Gefängnis an uns gelangten Brief geht hervor, daß die Beköstigung der Gefangenen absolut ungenügend ist, was selbst der Anstaltsarzt zugibt. Der Anstaltsvorsteher beruft sich darauf, daß er keine Abänderung treffen könne, weil vom Justizministerium die fraglichen Qualitäten und Quantitäten vorgeschrieben seien. Mit der Waffe des Hungers ermüdet man also die Wehrlosen! Die Briefe der Gefangenen werden nicht sofort befördert, man läßt sie 8 bis 10 Tage liegen. Den Gefangenen wird verweigert, sich Zusatz-Nahrungsmittel kommen zu lassen. Seit Wochen tragen sie dieselbe Wäsche. Sie dürfen nicht rauchen, können sich keine Zeitungen halten, Bücher schicken lassen usw. Die Behandlung ist derart, daß Genosse Stahl und eine Reihe anderer politischer Inhaftierten seit einigen Tagen im Hungerstreik stehen, um eine Aenderung in diesem Hundeleben herbeizuführen.

Wohlgemerkt, es handelt sich um streikende Arbeiter aus den Lohnkämpfen von Lünen und Derne, denen man wegen „Leitnahme am Aufruhr" den Prozeß machen will. Sie verlangen, wie politische Gefangene behandelt zu werden, sie verlangen, daß man sie nicht weiter in Einzelhaft steckt, daß man ihnen die bis jetzt abgelehnten obengenannten Erleichterungen bewilligt.

In den Gefängnissen des Ruhrgebietes sitzen zahlreiche von den Franzosen verurteilte Deutsche. In keinem einzigen Falle ist uns bekannt, daß diese Gefangenen vom „Landesfeind" so behandelt werden, wie deutsche Arbeiter von den eigenen deutschen Justizbehörden. Die Brutalität und die Menschenquälerei scheint ein Monopol gewisser preußischer Justizorgane zu sein. Wir verlangen sofortige Abstellung dieser skandalösen, menschenunwürdigen Verhältnisse in Münster.

F. Dahlem, Landtagsabgeordneter.

Der Kampf der deutschen und französischen Behörden gegen die Kommunisten

(Eigene Drahtmeldungen)

Köln, 27. Juni.

Nach der letzten Streikbewegung in Köln gehen die englischen Besatzungsbehörden in scharfer Weise gegen die Kommunistische Partei vor. Delegationen der Straßenbahner, sowie der Gasmotorenfabrik, die gegen die Ausweisungen der kommunistischen Vertrauensleute protestierten, wurden von der englischen Behörde über den Grund dieser Ausweisungen die Auskunft verweigert.

Die Gasmotorenfabrik in Köln-Deutz (400 Arbeiter) veranstaltete am 20. Juni wegen dieser Ausweisung einen halbstündigen Proteststreik auf der Straße. Ebenso laufen aus einer ganzen Reihe von Großbetrieben Protestresolutionen ein.

In Kaiserslautern (Pfalz) wurde vor einigen Tagen unser Ortsgruppenvorsitzender Schulz und die Jugendgenossen Reißer und Grohe verhaftet. Als Begründung wurde angegeben, daß am Vormittag in der Nähe der Kaserne antimilitaristische Flugblätter gefunden worden seien.

Hattingen, 27. Juni.

Die Arbeiter Kurze und Schley aus Bochum wurden in den Hattinger Kerker geworfen, weil sie kommunistische Propaganda betrieben haben.

Kein Tag vergeht, ohne daß die Besatzungsbehörden solche Attentate auf die Rechte der Arbeiterschaft ausüben. Die Stimmen unter den proletarischen Soldaten für eine solidarische Abwehr gegen die Angriffe mehren sich, während sich die Besatzungsoffiziere mit den Mitteln des Militärgesetzes drakonisch gegen die klassenbewußten Soldaten wehren. Sie versuchen die ehemaligen Kriegsgefangenen, die die kaiserlichen Gefangenenlager in unvergeßlicher Erinnerung haben, zur Stimmungsmache zu benutzen. Aber die Opfer des wilhelminischen lernen dadurch auch das andere, das proletarische Deutschland kennen und beginnen zu verstehen, daß hinter der Ruhraktion der Angriff auf die deutsche und französische Arbeiterschaft lauert.

Die französische Offiziersclique gegen das russische Brot

Essen, 27. Juni.

Die Brotverteilung für die Verteilungsbezirke Essen, Duisburg und Baer der Genossenschaft „Eintracht" muß vorläufig eingestellt werden. Denn obwohl die Besatzungsbehörde uns zugesichert hatte, daß eine Beschlagnahme des Mehls für die russische Brotspende, wie sie seinerzeit in Hörde vorgenommen wurde, in Zukunft unterbleiben würde, hat sie dennoch die 5000 leeren Säcke, die nach der Mühle in Bremen gehen sollten, um die nächste Sendung zu verfrachten, beschlagnahmt.

Mißhandlung politischer Gefangener aus dem Ruhrgebiet

Beim Wirtschaftskampf der Bergarbeiter wurden die Genossen Stahl, Kollwitz, Rosenbaum und Wisso verhaftet und wie gemeine Verbrecher ins unbesetzte Gebiet verschleppt.

Nachdem die Klassenjustiz sie im unbesetzten Gebiet hatte, wurden sie schikaniert und beschimpft und ins Zuchthaus nach Münster geschafft — als politische Gefangene.

Wir fragen den Innenminister Severing: **Seit wann sperrt man politische Untersuchungsgefangene in das Zuchthaus?**

Degoutte erfaßt die Haldenkohle

Düsseldorf, 27. Juni

General Degoutte hat durch Verordnung alle Kohlenlager im besetzten Gebiet beschlagnahmt. Zuwiderhandlungen werden mit mindestens 100 Millionen Mark und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.

Poincaré erreicht mit Hilfe der deutschen Kohlenbarone mehr und mehr sein Ziel, die Kohlen des Ruhrgebiets zu rauben. Die Zechenherren und mit ihnen im Bunde die reformistischen Gewerkschaftsführer haben sich mit aller Kraft der Durchführung der Beschlüsse des Rheinischen Betriebsrätekongresses widersetzt, der den Verkauf der Haldenkohlen an die deutsche notleidende Bevölkerung des Ruhrgebiets forderte. Jetzt kommt Degoutte und nimmt die Kohlen für die französische Schwerindustrie. „Patriotismus" des von der deutschen Kreditnotlage ausgehaltenen Zechenkapitals...

Ausland

Sowjet-Rußland und Japan

Rosta. Moskau, 24. Juni.

Als Antwort auf die Mitteilung Joffes über die Bereitwilligkeit der japanischen Regierung, sofort mit der russisch-japanischen Konferenz in Tokio zu beginnen, teilte das Volkskommissariat des Aeußeren dem japanischen Außenminister mit, daß Joffe zum offiziellen Vertreter Rußlands für diese Verhandlungen bestimmt ist. Japan ernannte seinen Gesandten in Polen, Kovakami, der sich zurzeit in Tokio aufhält, zum Vertreter Japans bei dieser Konferenz.

Das „friedliche" Bulgarien

Sofia, 27. Juni.

An der bulgarisch-griechischen Grenze, an der sogenannten Dreiländerecke, kam es zu neuen Kämpfen mit bulgarischen Banden. Wie bisher bekannt wird, sind 10 griechische Offiziere und 100 Mann getötet worden. Der Vertreter der griechischen Regierung in Sofia übergab der bulgarischen Regierung einen Protest und erklärte, daß Griechenland für den Fall, daß Bulgarien nicht innerhalb fünf Tagen eine Satisfaktion geben würde, die diplomatischen Beziehungen abbrechen würde.

Die Sitzung der Erweiterten Exekutive

Schlußwort Radeks zur internationalen Lage

Die meisten Genossen, die in der Debatte gesprochen haben, haben im besonderen auf die Aufgaben hingewiesen, die ihre Parteien in der gegenwärtigen Situation zu leisten haben und haben so eine Ergänzung meiner Ausführungen gebracht.

Ausschlaggebend in der ganzen Situation ist die **Niederlage einer großen industriellen Nation, die zurückgeworfen wurde in die Lage einer Kolonie.** Diese Niederlage der deutschen Bourgeoisie zeitigt **Folgen von größter revolutionärer Bedeutung.** Wenn sich die deutsche Bourgeoisie vom Proletariat nicht aus dem Sattel heben lassen will, das es ablehnt, die Folgen des Versailler Vertrages sich aufbürden zu lassen, so muß sie gegen den Versailler Vertrag Sturm laufen. Sie hat es auch getan. Die Ruhrgeschichte ist, historisch genommen, der **Versuch der deutschen Bourgeoisie, vom passiven Widerstand zum aktiven Widerstand überzugehen.** Sie erklärte nicht mehr nur: wir können nicht zahlen, sondern: **wir wollen nicht mehr zahlen.** Wenn Poincaré statt die Löcher im französischen Budget zu stopfen, neue Löcher aufreißt, wenn die deutsche Bourgeoisie, statt mit Hilfe der Entente die deutsche Wirtschaft in Ordnung zu bringen, sie auf Jahre hinaus weiter zurückwirft, so sind das Dinge, die von größter revolutionärer Bedeutung sind. Die deutsche Bourgeoisie mußte, um den Ruhrkampf durchzufechten, alle Hunde des Nationalismus loslassen, statt dessen **wurde sie jetzt zur Gefangenen ihrer eigenen Agitation.** Ebenso ergeht es der französischen Regierung.

Unsere Stellung ist natürlich die, daß **wir gegen jeden Nationalismus** protestieren. Dennoch müssen wir uns fragen, ob Poincarés Sieg oder seine Niederlage einen Fortschritt bedeutet. **Der Sieg Poincarés würde die Konterrevolution auf dem ganzen Kontinent ungemein stärken, seine Niederlage dagegen würde das** Versailler System zerrütten. Sie wäre also eine revolutionäre Tatsache. Aus diesem Grunde mußte die deutsche Partei sagen: **Jawohl, die deutsche Arbeiterklasse und auch die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die französische eingeschlossen, hat ein Interesse an Poincarés Niederlage.**

Kann man das Sozialpatriotismus nennen? Zwar auch die deutsche Sozialdemokratie hat im Jahre 1914 gesagt, der Sturz des Zarismus wäre eine revolutionäre Tatsache; aber was folgerte sie daraus? Sie unterstützte die deutsche Regierung. Der Unterschied zwischen heute und damals besteht jedoch darin, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht imstande war, die revolutionären Konsequenzen aus dem Sturze des Zarismus zu ziehen. Die Kommunistische Partei dagegen erklärt, daß sie **gleichzeitig mit dem Kampfe gegen Poincaré auch den Kampf gegen Cuno aufnimmt und daß sie sich auch auf alle revolutionären Möglichkeiten vorbereitet.**

Genosse Neurath sagt, daß Deutschland von einer nationalistischen Welle überflutet wird, und wir ihr entgegentreten müßten, statt uns ihr anzupassen. Die Partei hat sich ihr **nicht nur nicht** angepaßt, sondern sie hat jeden Nationalismus schärfstens bekämpft. Die deutsche Partei hat eines nicht übersehen, was Genosse Neurath übersehen hat, nämlich den Unterschied zwischen dem nationalen und dem revolutionär-nationalen Interesse Deutschlands, das sich mit dem revolutionären Interesse des Proletariats deckt. Die KPD. darf nicht eine Politik unterstützen, die einen Abgrund zwischen dem deutschen und dem französischen Proletariat aufreißen würde. **Sie muß sich auf das schärfste gegen die Attentate, die gegen die Arbeiter und Bauern der Okkupationsarmee begangen werden und die diese in die Arme Poincarés treiben, wenden.** Sie muß sich aber gleichzeitig sagen, daß jede Tat, die Deutschland jetzt herabreißt, eine Gefährdung der deutschen Revolution ist.

Die russischen Bolschewiki erlebten vor der Ergreifung der Macht eine ähnliche Episode, als die deutsche Flotte den Vorstoß gegen Dagö und Oesel unternahm. Wir hatten damals die Mehrheit in der baltischen Flotte und wußten, daß wir am Vorabend der Uebernahme der Macht standen. Aber gerade deshalb, weil wir wußten, daß wir morgen die Verantwortung für die Geschichte Rußlands zu übernehmen hatten, erklärten wir, daß wir den Kampf aufnehmen würden, um **Petrograd zu verteidigen.**

Die Massen des Kleinbürgertums und die technischen Intellektuellen, die eine große Rolle in der Revolution spielen werden, stehen zu dem sie deklassierenden Kapitalismus in der Form der nationalen Opposition. Wenn wir eine Arbeiterpartei sein wollen, die den Kampf um die Macht aufnehmen will, dann müssen wir den Weg zu dieser Masse finden, und wir werden ihn am besten finden, nicht wenn wir Angst vor Verantwortung zeigen, sondern wenn wir sagen, daß **nur die Arbeiterklasse die Geschicke der Nation retten kann.**

Hätten wir bei dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet gesagt, daß wir zuerst Cuno schlagen wollen und dann die Franzosen herauswerfen, dann wären wir, gewollt oder ungewollt, die Verbündeten Poincarés geworden. **Die Exekutive** trägt die **vollkommene Mitverantwortung für die Haltung der deutschen Partei.**

Noch einige Worte zu den Ausführungen des französischen Genossen. Für die **französischen Arbeiter und Bauern** steht die Frage der Ruhrbesetzung **wesentlich einfacher.** Entweder zahlen die Deutschen oder die Steuerlasten in Frankreich werden furchtbar wachsen. Natürlich kann die Partei nicht künstlich eine Bewegung schaffen, aber der Zeitpunkt größerer Bewegungen in Frankreich wird kommen, wenn Poincaré entweder durch den langen Kampf, trotz Aufgabe des deutschen Widerstandes, zu nichts kommt, oder wenn er, trotz eines Sieges, den Massen nichts geben kann.

Der Sieg wird Frankreich nichts bringen, denn Deutschland hat in den nächsten Jahren, selbst wenn es wollte, nichts, um seine Schulden zu zahlen. Sogar die Frage des Eisen- und Kohlentrusts an der Ruhr ist eine Frage vieler Jahre. Poincaré hat sich, wenn er damit gerechnet hat, daß er im Jahre 1924 bei den Neuwahlen vor die Wähler mit deutschen Zahlungen treten kann, verrechnet. Er wird ein neues Steuerprogramm, das den französischen Arbeitern und Bauern größere Lasten aufbürdet, nicht umgehen können.

Die Aufgabe dieser Debatte war es, den Genossen die Bedeutung dieser internationalen Dinge scharf vor Augen zu halten, denn die internationale Lage erlaubt es uns nicht, unsere Politik im Rahmen der Nation ohne Rücksicht auf die internationale Lage zu betreiben.

Sitzung vom 18. Juni

Das Wort erhält Genosse **Bucharin** zu seinem Referat über

„Die Grenzen des Zentralismus in der Komintern"

Die Frage über den Zentralismus der Kommunistischen Internationale, die wichtigste Streitfrage mit den norwegischen Genossen, ist keineswegs neu. Sie ist am schärfsten nach dem **Zusammenbruch der zweiten Internationale** aufgetaucht. Dieser Zusammenbruch hatte auch seine Wurzeln in der Tatsache, daß die zweite Internationale eigentlich organisatorisch ein einfacher Briefkasten war. Sie war keine kämpfende einheitliche Organisation, keine Partei für internationale Massenaktionen, und in ihr dominierte immer das nationale Moment. Auf den Kongressen wurden verschiedene Paradereden gehalten, aber, wenn es galt, wirklich zu handeln, dann versagte sofort die ganze Organisation.

Auch die Haager Konferenz im letzten Herbst war eine solche Parade. Es wurden dort Resolutionen über den Generalstreik gefaßt, aber als die Zeit kam, wo es galt zu handeln, verwandelten sich alle diese Paradebeschlüsse in ein Stück Papier, **eben deshalb, weil es keine zentrale einheitliche Organisation gab.**

Es ist absolut kein Zufall, daß schon in den Anfängen der Herauskristallisierung des kommunistischen Gedankens dieser organisatorische Mangel festgenagelt wurde. Teilweise von uns und teilweise von Rosa Luxemburg ist dies schon damals in folgender These präzisiert worden: **Die neue Internationale, die gebildet werden soll, muß eine einheitliche Organisation darstellen, in der das nationale Moment vollständig dem internationalen untergeordnet ist und eo ipso auch die nationalen Beschlüsse der Weltorganisation des Proletariats es sind.** Ueberall, in Oesterreich, in Deutschland wurde dieser Satz über die Dominierung des internationalen Bewußtseins, der internationalen Beschlüsse und des internationalen Sinnes der Weltorganisation des Proletariats von allen damaligen Linksradikalen, den späteren Kommunisten anerkannt.

Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale zur Zeit der Siege der russischen Armee und der großen Offensive der Arbeiterklasse in Westeuropa sehen wir das permanente Anwachsen dieses Grundsatzes und seine praktische Realisierung.

Jetzt, wo die Arbeiterklasse sich in der Defensive befindet, fühlen sich alle schwankenden Elemente in ihren Sympathien zum Kommunismus erschüttert und fangen an zu kritisieren. **Die soziale Basis dieser Kritik — ökonomisch wie auch soziologisch — besteht in den Resten der kleinbürgerlichen Oekonomie und Ideologie.**

Die „tiefste" Begründung stammt — wie das oft geschieht — von einem Professor, vom Genossen Bull.

Bull bedauert, solidarisch mit der bürgerlichen Presse, daß die Kommunistische Internationale ein Instrument der russischen Regierung sei. Die westlichen Arbeiter dürfe man nicht zwingen, sich diesen Methoden anzupassen, die den rückständigen Verhältnissen in dem russischen Bauernlande entsprächen. Ich glaube, daß schon diese Tagung beweisen kann, daß die norwegischen und schwedischen Genossen vollständig isoliert mit diesen Anschauungen in unseren Reihen dastehen.

Einmal beschuldigt man uns, wir wollen künstlich die norwegische Partei radikalisieren, das andere Mal wieder sind wir zu opportunistisch. So stellt man zum Beispiel die vollständig unwahre Behauptung auf, daß die opportunistischen Gefahren gerade in unserer Zentralisation konzentriert sind.

Die Vorstellung der norwegischen Parteizentrale über den evolutionistischen Gang der Dinge ist damit begründet, daß die norwegischen Genossen bisher keinen wirklichen Kampf geführt haben. Das ist die syndikalistische Theorie: „Lassen sie den Staat in Ruhe". **Die norwegischen Genossen sollen sich dessen erinnern, daß wir bereits eine gewisse Evolution selbst unter den französischen Syndikalisten haben.** Durch die Erfahrungen des Krieges und der Revolution hat ein Teil der französischen Syndikalisten diese Anschauungen überwunden. Die lebendige Verkörperung dafür ist der Genosse Rosmer.

Natürlich bestehen auch Gefahren des Zentralismus, und besonders in der friedlichen Epoche waren sie sehr groß. Aber es ist geschichtlich in Ländern, wo es gilt, im blutigen Kampf die Macht zu erobern, zu sagen: Wir brauchen keinen Generalstab, weil er mit den Gefahren der Bureaukratisierung verbunden ist. Ich glaube, daß, wenn wir den Arbeitern sagen, daß eine zentrale Leitung bestehen muß, wir eine größere Achtung vor ihnen damit bezeugen, als wenn wir sie mit Illusionen über Selbstbestimmung des Individuums usw. beligen wollten.

Was die Frage der gebundenen Mandate betrifft, so ist auch der Standpunkt der norwegischen Partei falsch. Wie hätten wir den französischen Konflikt lösen können, wenn die französischen Delegierten gebundene Mandate gehabt hätten?

Auch was die **Wahl der Exekutivmitglieder** betrifft, so glaube ich, daß der vierte Weltkongreß ganz richtig gehandelt hat. Der Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, die Verkörperung der gesamten Arbeiterbewegung, kann auch einen Genossen wählen, der Vertreter einer Fraktion der Minderheit ist. Natürlich kann man das nur in einem besonderen Falle tun, wenn die Lage es unbedingt erfordert.

Die Forderung, daß nur solche **Delegierte von der Exekutive** zu den Kongressen der nationalen Parteien geschickt werden, die die Parteien selbst wünschen, ist technisch unmöglich und politisch unzweckmäßig. Ebenso die Forderung, **die nationalen Kongresse vor dem Weltkongreß stattfinden zu lassen.** Auf dem Weltkongreß werden die Erfahrungen aller Sektionen summiert, und wenn die Delegierten mit gebundenen Mandaten kommen, können sie ihre Stellungnahme nicht ändern. Ferner in der Frage der Demissionen, ob die Exekutive oder nur die Parteizentrale das Recht hat, Demissionen zu verbieten, so hat die Praxis auch bewiesen, daß in dringenden Situationen oft die Exekutive eingreifen muß. Was die **Jugendfrage** anbetrifft, so ist es im allgemeinen richtig, daß die Jugendorganisationen in allen Fragen ihrer Partei untergeordnet sein sollen, aber wenn ein Konflikt zwischen der Partei und der Internationale besteht, können wir der Jugendorganisation nicht verbieten, eine Stellung wie die Komintern einzunehmen. Was die innere Einmischung anbetrifft, so sind die inneren und äußeren Fragen sehr schwer zu trennen, so zum Beispiel hat die Zusammensetzung der Zentrale eine internationale Bedeutung.

Unsere Konflikte mit der norwegischen Partei nahmen als Ausgangspunkt die Kritik an der Haltung der Exekutive zur französischen Frage. **Fragen Sie jeden französischen Genossen, hat der Weltkongreß richtig gehandelt oder nicht, ist eine Besetzung eingetreten oder nicht?** Ebenso haben wir eingegriffen in verschiedenen anderen Ländern, letzthin in Deutschland, und **all diese Parteien stehen nach dem Eingreifen der Exekutive besser da als vorher.**

Diskussion über Bucharins Referat

Genosse **Ström** (Schweden): Es bestehen keine politischen und taktischen Differenzen zwischen der schwedischen Partei und der Exekutive der Komintern. Wir betonen nur, daß man auf die Tradition und die Psychologie der schwedischen Arbeiter Rücksicht nehmen muß.

In organisatorischen Fragen sind wir mit dem Exekutivkomitee der Komintern vollkommen einverstanden. **Wir sind keine Feinde des demokratischen Zentralismus, aber wir wollen diese Zentralisation allmählich durchführen.**

Was die Stellung der **schwedischen Partei zu dieser Frage** betrifft, so hat die Parteizentrale nach der Rückkehr unserer Delegierten vom vierten Weltkongreß ihre Haltung gebilligt und auch die Beschlüsse, die gefaßt wurden, gutgeheißen.

Wir wünschen **einen revolutionären Generalstab, aber wir** dürfen uns durch Ueberzentralisation nicht von den Massen trennen.

Genosse **Falk** (Norwegen): Die Partei schlug vor, den Beschluß des vierten Kongresses, wonach es den Parteien verboten ist, ihren Vertretern imperative Mandate zu erteilen, aufzuheben. Jede Partei sollte ihre Vertreter in die Exekutive selbst wählen und auch die Vertreter, die die Internationale zu den Parteien entsendet, sollten nach Beratung mit den Parteien gewählt werden. Der Parteitag soll vor und nicht nach dem Weltkongreß stattfinden.

Genosse **Beuer** (Tschechoslowakei): **Der Verzicht der Komintern auf den Zentralismus würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als den Verzicht auf die Durchführung internationaler revolutionärer Massenaktionen und schließlich den Verzicht auf die Weltrevolution selbst.**

Wenn wir die Notwendigkeit des Zentralismus so scharf betonen, so sprechen wir aus eigener Erfahrung. Bis vor wenigen Monaten hatte unsere Partei unter schweren inneren Kämpfen und Erschütterungen zu leiden. In dieser Situation, schon vor dem vierten Weltkongreß, griff die Exekutive ein. Und wenn ihre Maßnahmen zunächst auch unserer Auffassung widersprachen, so zeigte es sich doch im weiteren Verlauf der inneren Auseinandersetzungen, daß sie zweckmäßig waren, und wir können heute feststellen, daß sie zur Konsolidierung der Partei wesentlich beigetragen haben.

Beim Kommunistenprozeß in Augsburg brach die Anklage gegen den Redakteur der „Roten Bayern-Fahne" (die noch immer verboten ist) zusammen. Das Schöffengericht mußte den angeklagten Redakteur von der Anklage des Landesverrats (die angebliche Begünstigung der Besatzungsmächte durch zwei Artikel) auch unter der Notverordnung freisprechen. Durch dieses Urteil ist auch das Verbot der „Roten Bayern-Fahne" indirekt als unzulässig anerkannt. Trotzdem werden Kommunisten und ihre Organe weiter drangsaliert und das nicht nur in Hitler-Bayern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0003

Licht-Spiele

Am Riebeckplatz — Am Riebeckplatz

Ab morgen, Freitag:

Gr. Lustspiel-Woche!

Er, Sie und Hamlet

5 Akte — Die ganze Welt spricht von dem tollsten Lustspiel-Schlager aller Zeiten. — 5 Akte

Situationskomik

ist gar kein Ausdruck für das, womit dieser Film überreich gesättigt ist.

Die Szenen, die darstellend. Typen

sind einfach zwerchfellerschütternd und von solch gesunder Laune, daß jeder Freund eines frischen Humors denselben gesehen haben muß.

All das ist so unbeschreiblich reizend,

lustig und witzig, daß wir nicht mehr noch ausplaudern wollen, **weil die Darbietungen dieses Lustspiel-Schlagers unseren verehrten Besuchern eine der größten Ueberraschungen dieses Jahres sein soll.**

Hierzu

Er, Harald Lloyd, der Welt bester Komiker in seinen neuesten Lustspiel-Schöpfungen:

Er und die Stenotypistin | **Er als Küchenchef**

Bühne! Künstl. Leitung: Dir. Willi Schur. Bühne!

Wenn Männer schwindeln.

Toller Schwank von Fritz Grohmann. — Spielleitg.: Dir. W. Schur. Darsteller: **Dir. W. Schur, R. Süßenguth, R. Erlecke, Lise Kahlenberg, Else Reindel.**

Besuchen Sie!

nach Möglichkeit die erste **Nachmittags-4-Uhr-Vorstellung,** denn diese bietet Ihnen volle Gewähr für einen **guten** Platz.

Anfang: Wochentags 4 Uhr. — Anfang: Sonntags 3 Uhr.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Leipzigerstraße 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Arthur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Parteikassiere. Donnerstag, Freitag und Sonnabend muß der fällige Monat restlos abgerechnet werden. 4-Wochen-Zahlungen müssen ebenfalls verrechnet werden.

Die Frauenortsgruppe der kommunistischen Konsumvereinsmitglieder fällt für Freitag, den 29. Juni, wegen der Elternversammlung im „Volkspark" aus.

Kommunistische Elternbeiräte. Freitag, 29. Juni abends 6 Uhr, im „Volkspark": **Versammlung.**

Große Ammer: Alle Kommunisten, sowie sämtliche Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter erscheinen Sonntag, den 1. Juli, vorm. 10 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft zu einer **wichtigen Besprechung.**

halle-Saalkreis

Petersberg: Sonnabend, 30. Juni, abends 8 Uhr, in Webdes Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Ferdinand Menzel, Halle.

Diemitz: Sonnabend, 30. Juni, abends 7½ Uhr, im „Gesellschaftshause": **Mitgliederversammlung.**

Kietleben: Heute abend 7 Uhr im Gasthause „Zur Sonne": **Funktionärsitzung.**

Mansfelder Seekreis

Hettstedt: Sonntag, 1. Juli, abends 7½ Uhr, in Deutsches Lokal: **Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Max Lademann, Eisleben.

Erdeborn: Sonnabend, 30. Juni, abends 7½ Uhr, im Lokal Träger: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Max Lademann, Eisleben.

Kreis Bitterfeld

Roitzsch: Sonnabend, 30. Juni, abends 9 Uhr, im Gasthof „Zur Tanne": **Wichtige Mitgliederversammlung.**

Brehna: Sonnabend, 30. Juni, 8 Uhr, im Parteilokal: **Mitgliederversammlung.**

Holzweißig: Zum Arbeitersest in Brehna nimmt die Ortsgruppe geschlossen teil. Abmarsch Sonntag nachm. 1½ Uhr. Treffp.: Ecke Roitzscher u. Jüchenporfer Str.

Kreis Merseburg

Tollwitz: Sonnabend, 30. Juni, abends 8¼ Uhr, im „Trompeterschlößchen": **Mitgliederversammlung.**

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält.

Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51 — Gr. Ulrichstr. 51

Ab morgen, Freitag:

Die Rätsel Afrikas!

5. Teil — 5. Teil

5 gewaltige Episoden. — Der Welt größten Sensations- u. Raubtier-Film — 5 gewaltige Episoden.

30 Akte — 30 Akte

Der gewaltige Schlußteil: **Die Frau ohne Nerven**

Diese Schlußszene setzt allen Tollkühnheiten die Krone auf.

Ferner: 3231

Eddie Polo

der König der Abenteurer!!

in der Wild-West-Sensation:

Die Erbschaft d. Hasses

Dieses Programm nicht sehen, hieße „Alles" versäumen.

Anfang: Wochentags 4, Sonntags 3 Uhr.

Kaufe laufend Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitungen, Eisen, Felle und andere Rohprodukte 3228

P. Günther
Graseweg Nr. 8.
Tel. 6130. Tel. 6130.

Winter-Hemden
St. 35 000.-
Dauerwäsche-Vertrieb, 3229
Kl. Berlin 2.

Stadt-Theater
Freitag abends 7½ Uhr: 3228
Das Konzert
Sonnabend, abends 6½ Uhr:
Götterdämmerung.

Thalia-Theater.
3230 Sonntag, abends 7½ Uhr:
Mädel von heute.
Das Extemporale.
Lustspiel
v. Sturm u. Färber.

Möbliertes Zimmer
für sofort gesucht. Angebote unter „Zimmer" an die Geschäftsstelle des „Klassenkampf" erbeten.

Zeitungsträger
für **Beesenlaublingen** z. 1. Juli **gesucht.** Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn **Gremler** in **Beesenlaublingen** melden. F

Die Beleidigung gegen Frau **Emma Grobe** nehme ich wieder zurück. *348
Kurt Tschiyang.

Gummi-Sohlen u. Absätze
Sohlleder
im Ausschnitt
M. Winkler,
Lerchenfeldstr. 22 I.

Denkt an die „Rote Hilfe!"

Hausfrauen!
Billiges Nahrungsmittel!
Heute eintreffend:
1 Waggon Grüne Heringe
(leicht gesalzen)
zum Braten und Marinieren
Pfd. 3500 Mk. 3226
Falckes Fischhandlung
Leipziger Straße 35 und 92.

Burg-Theater.
Der Roman einer Verlassenen.
8 Akte. 3234
Bob Gray. 3 Akte.
Weltmeisterschaften. 2 Akte.

Hosen Pilot *353
feldgraue Manchester gestreifte
Anzüge, Gummimäntel
sehr preiswert in
Riesel's Etagengeschäft,
Große Märkerstraße 22, 1 Tr.

Gold- Silber-Bruch, Zahngebisse, kauft reell
Steinweg 25.
H. Lichtenstein.
Beratung kostenlos, ohne Verbindlichkeit 3225

Ansichtspostkarten empfehlen die Volksbuchhandlungen.

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

«Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa»

Leipziger Straße 88 — Fernruf 1224. — **Leipziger Straße 88** — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 29. Juni 1923:

2 Ueberraschungen! — Riesen-Doppelprogramm!

Irene d'Or.

Sensationsprozeß der Irene d'Or.

Personen:
Irene d'Or . . Elena Polewitzkaja
Der Gesandte Emery . Fr. Zelnik
Lorianne, seine Tochter . . Margarete Schlegel
Marianne, Haushälterin . . Fritzi Richard
Manuel d'Or . . . Hans Albers

Von F. Carlsen.
5 Akte. 5 Akte.

Dr. Lariot . . . Albert Patry
Chevalier, Untersuchungsrichter . Leop. v. Lebebour
Haniclee, eine Tänzerin . . Rita Clermont
Armelia, Irenes Vater . . Magnus Richter
Ihre Mutter . . . Olga Engl

Seit genauer Zeit sehen wir Zelnik nicht nur als Regisseur, sondern auch als Charakterdarsteller im Bilde. Er gibt den Beweis, daß er auch an sich selbst die straffe Herrschaft zu führen weiß, die seine Regie kennzeichnet. Die Rolle seiner Partnerin spielt in diesem Film die erfolgreiche russische Schauspielerin Elena Polewitzkaja.

Vorführung: 4.50, 7.00, 9.10.

Der große Abenteurerfilm von internationalem Gepräge in 4 Teilen

Das gelbe Dreieck

1. Teil: Die Ritter des gelben Dreiecks.
— 4 sensationelle Akte. —

Spanien, Frankreich und England sind mit Original-Aufnahmen die Schauplätze atemraubender Ereignisse.

Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

Walhalla-Lichtspiel-Theater.

Infolge des Riesenerfolges bis einschließlich

Sonnabend, den 30. Juni

verlängert.

Persönliches Auftreten von

Bella Polini

und ihrem Ensemble in

Der

Mitternachtsbesuch

oder

Der Mann mit der Maske.

Ein Bühnenfetisch, wie man ihn selten zu sehen bekommt.

Außerdem:

Abgründe der Liebe

oder

Die Friedhofsschänder und Kirchenräuber von Paris.

In der Hauptrolle:

Bella Polini.

Beginn: 4.30 Uhr.

Alte Promenade 11a. — Fernruf 1224. — **Alte Promenade 11a.** — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 29. Juni 1923:

Erstaufführung des Decla-Bioscop-Films der Ufa.

Ein Glas Wasser

Das Spiel der Königin

6 Akte mit

Mady Christians Bruno Decarli.

Regie: **Ludwig Berger.**

Das entzückendste deutsche Lustspiel der Gegenwart.
— Das Lustspiel für das verwöhnteste Publikum. —

Die Lichtbildbühne (Deutschlands führendste Fachzeitschrift) **sagt:** Es gab selten einen so einmütigen und aufrichtigen Beifall bei einer Uraufführung wie im Ufa-Palast, als der sechsaktige Lustspielfilm der Decla vom Stapel lief. Die Kritik freut sich, in diesen Beifall mit einstimmen zu können. Aus ernster Arbeit ergab sich eine Gesamtleistung voll Anmut und Grazie. Ein Film, der es rechtfertigt, von Lichtspielkunst zu sprechen.

Andere sagen: Ein entzückender Film, eine feininnige Liebeskomödie voller Geist, Witz und Grazie. Leben und Geist sprüht aus jeder Szene.

Hier fließt Geschehen, das sich leicht und freudig bindet, hier spielt der Lustspielkern in Gestalten und Räumen vom Reiz einer lebenden kleinen Welt.

Bravo! Hier ist — hell, froh und sauber von heimatlicher Sonne bestrahlt und von vertrauten Sternen überflimmert — das deutsche Filmlustspiel.

„Entzückend" — Wer den Film: Ein Glas Wasser gesehen hat, wird erst die Bedeutung dieses Wortes verstehen. Es ist der entzückendste Film, den man je gesehen hat.

Wir sagen: Wir sind der festen Ueberzeugung, mit diesem Film selbst die ärgsten Kino-Feinde bekehren zu können. Jeder einzelne wird mit voller Begeisterung das Theater verlassen.

Unser Publikum soll sagen: „Ein fabelhaftes Programm!" 3230

Vorführung: Sonntags 3.30, 5.50, 8.20. Werktags 4.10, 6.20, 8.30.

Intimes von der großen Weinbergschnecke, Naturaufnahme.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

«Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa»

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 28. Juni 1923.

Macht es Eisleben nach!

Aus allen Orten in der Provinz gehen jetzt die Neubestellungen auf den „Klassenkampf" ein. An der Spitze steht der Mansfelder Kreis. Für Eisleben allein sind bis jetzt

580 neue Leser

gewonnen worden. In den Orten Delitzsch, Eilenburg, Torgau und Wolfen beträgt die Zunahme vorläufig 1985 Leser. Das Endresultat der Werbewoche teilen wir in den nächsten Tagen mit.

Genossen, werbt, schärft die Waffe!

Arbeiter, welche Zeitung liest Du?

Etwa die „Saale-Zeitung" oder die „Allgemeine Zeitung"?

Beides sind Blätter, die nur die Interessen von Stinnes, also die Interessen des Bankkapitals und der Schwerindustrie, wahrnehmen. Sie unterscheiden sich durch nichts. Stinnes hat beide Zeitungen aufgekauft, die „demokratische" „Saale-Zeitung" sowohl, die mit ihren 300 bis 400 Abonnenten nicht mehr leben konnte, wie auch die halb volksparteilich und halb deutschnational redigierte „Allgemeine Zeitung", die ein großes „unparteiisches" Organ für Mitteldeutschland werden sollte. Der Verlag macht noch heute die erdenklichsten Anstrengungen (billige Abonnentenpreise, Schwindelinserate, viel Papier usw.), um dieses Ziel zu erreichen. An dem gesunden Sinn der mitteldeutschen Arbeiter jedoch sind bisher alle Versuche in dieser Richtung gescheitert. Denn für jeden Arbeiter ist klar, daß seine Interessen mit denen der Industriekönige und Bankgewaltigen im Widerspruch stehen und daß daher auch diese Kreise niemals seine Interessen vertreten können und werden. Es wäre darum schimpflicher Verrat, wenn Angehörige der proletarischen Klasse diese Partei oder diese Presse unterstützen würden.

Trotzdem gibt es Familien, die sozialwirtschaftlich zur Arbeiterklasse gehören, aber diese Presse lesen. Würden auch diese proletarischen und halbproletarischen Schichten, die trotz ihrer Not und ihres elenden Hungerdaseins auf der Seite ihrer ärgsten Klassenfeinde stehen, ebenso konsequent und bewußt wie die geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft sein und nur die Zeitung lesen, die ihre Interessen vertritt, wahrlich, Stinnes würde längst die Zeitungsaufkäufe eingestellt haben, und die Arbeiterschaft wäre eine andere Macht als heute.

Diese beiden Stinnes-Zeitungen bringen wirklich nichts, was einen Arbeiter, Angestellten oder Beamten interessieren könnte. Was täglich in diesen Zeitungen immer wiederkehrt, ist nur das, was die gekauften, gesinnungslosen Schreibknechte für Stinnes schreiben müssen, nämlich: daß die Revolution an dem ganzen Elend des deutschen Volkes schuld ist; daß der Achtstundentag beseitigt werden muß; daß das deutsche Volk (lies die deutschen Arbeiter) weniger verbrauchen und mehr arbeiten muß; daß „auch" die deutschen Arbeiter Opfer bringen müssen, um den Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden; daß auch die Arbeiter nicht streiken dürfen; daß in Staat und Kommune „gespart" werden muß (d. h. Beamte und Angestellte müssen entlassen werden); daß die Kommunisten die Feinde des deutschen Volkes sind und auf Befehl der „Moskauer Blutmenschen" putschen müssen usw. Das sind die Parolen, die sowohl in der „demokratischen" „Saale-Zeitung" wie in der offiziellen Stinnesschen „Allgemeinen Zeitung" in den verschiedensten Variationen täglich zu finden sind.

Diese beiden Zeitungen nehmen mit aller Rücksichtslosigkeit nur die Interessen der Schwerindustrie und des Bankkapitals wahr.

Darf darum ein Arbeiter, Angestellter oder Beamter eine dieser Zeitungen lesen oder unterstützen? Niemals darf er das! Denn seine Interessen stehen im direkten Gegensatz zu denen der Kapitalisten, die die arbeitende Bevölkerung nur ausbeuten und diese Presse in den Dienst ihrer Ausbeutung stellen. Darum, fort mit diesen Stinnes-Zeitungen! In die Wohnung des Arbeiters, Angestellten und Beamten gehört nur der

„Klassenkampf".

Karl Plättner vor den Geschworenen

2. Verhandlungstag.

Die nach Sensation dürstende „Halleische Zeitung" hatte, um ihren Lesern etwas „Pikantes" aus dem Prozeß mitzuteilen, von einer Niederlegung der Verteidigung geschrieben, mit der Rechtsanwalt Genosse Hegewisch gedroht haben sollte, wenn ihm das Gericht eine gemeinsame Aussprache mit den Angeklagten verweigere. Diese Sensation war völlig aus der Luft gegriffen und bewies wiederum, wie „gewissenhaft" jenes Blättchen mit der Wahrheit umspringt.

Vor Eintritt in die Verhandlung, gab Genosse Hegewisch die Erklärung ab, daß die „Meldung" der „Halleschen Zeitung" nicht den Tatsachen entspricht. Der Vorsitzende des Gerichts bestätigte, daß von einer Niederlegung der Verteidigung niemals die Rede gewesen ist.

Plättner fuhr sodann in seinen Ausführungen fort. Nachdem er seine Stellung zur deutschen Revolution klargelegt und er die Entstehungsursachen der illegalen Kampforganisation skizziert hatte, kam er nun näher auf die „Plättner-Gruppe" zu sprechen. Da sich in allen bewaffneten Kämpfen der Arbeiterschaft gezeigt hatte, daß die, eben den Parteien bestehenden illegalen Organisationen sich lediglich mit Militärspielereien beschäftigten und dabei in ihren Handlungen stets abhängig von den Parteien waren, entschloß sich Plättner, illegale Kampfgruppen ins Leben zu rufen, die vom „Korruptionssumpf" der Parteien unabhängig sein sollten. Ausgehend von der Märzaktion 1921, schilderte er sehr eingehend die nach der Märzbewegung in Tätigkeit getretenen illegalen Kampfgruppen. Die Sitzungen des obersten Aktionsrates, denen Plättner angehörte, hatten als Ergebnis eine Theorie, die forderte, daß durch dauernde Beunruhigung der bürgerlichen Gesellschaft und durch ungeheurende Einzeltaten die Arbeiterschaft mitgerissen werden sollte. Insbesondere wurde Wert auf die Fürsorge für Flüchtlinge und die Gefangenenbefreiung gelegt. Plättner hat den Plan in seiner Broschüre: „Der organisierte rote Schrecken" theoretisch niedergelegt und stützt sich in seinen Ausführungen wesentlich auf diese Broschüre. Um aber den Anforderungen gewachsen zu sein, benötigte die Organisation zur „Organisierung des roten Schreckens" Geld. Besonders zur Befreiung der Gefangenen war viel Geld nötig. Die Befreiung von Max Hölz habe der Plättnergruppe besonders am Herzen gelegen. Plättner behauptet, daß das auf legalem Wege dazu bereitgestellte Geld, immer ein Abhängigkeitsverhältnis schaffte, das die Bewegungsfreiheit der Gruppe gehindert habe. Hierbei kommt Plättner auf die Verletterung der KAPD. zu sprechen und verliert sich in sehr nebensächlichen Parteiangelegenheiten der KAPD.

Um nun Geld für revolutionäre Zwecke herbeizuschaffen, wurden den einzelnen Gruppen, die über ganz Deutschland verbreitet waren, Aufgaben zugeteilt, die jede Gruppe für sich zu erfüllen hatte. So war die Plättnergruppe mit der Heranschaffung von Material usw. beauftragt worden. Die Aufgaben der Gruppen sollten dazu dienen, die bestehende Staatsordnung zu stützen, bzw. zu untergraben. Plättner begründet darum so ausführlich die Entstehungsursachen, Aufgaben und Verpflichtungen der illegalen Kampfgruppen, um den ihnen zur Last gelegten Straftaten einen politischen Charakter zu geben. Sodann bespricht der Angeklagte die einzelnen Unternehmungen, die von seiner Gruppe und ihm ausgeführt worden sind. Näher geht er nur auf den Fall Deuben bei Dresden ein, wo der Gruppe bei einem Ueberfall auf eine Reichsbanknebenstelle 220 000 Mk. in die Hände fielen. Das Geld selbst ist zum Teil an Gruppenangehörige verteilt, zum anderen Teil in die Kasse des obersten Aktionsrates geflossen, aus der dann die weiteren Unternehmungen revolutionärer Art finanziert werden sollten. Die ihm zur Last gelegten Fälle streift er nur in großen Zügen. Im Falle Bruckdorf (Grube Alwine) verweigert er jede nähere Auskunft. Es kommt dabei zu einem kleinen Intermezzo zwischen dem Vorsitzenden, Plättner und Rechtsanwalt Hegewisch, das jedoch Plättner nicht veranlaßt, nähere Angaben über Bruckdorf zu machen.

Besonderen Wert legt Plättner auf den proletarischen Charakter der ausgeführten Terrorakte. Sie haben und hätten jedoch nie dort expropriiert, wo es sich um Eigentum der proletarischen Klasse oder der Allgemeinheit gehandelt hätte. Das eingebrachte Geld sei nie, wie es sonst unter „Räubern" üblich sei, geteilt worden, sondern habe zum größten Teile stets allgemein-revolutionären Zwecken gedient. Als Plättner auf seine Gruppenmitglieder zu sprechen kommt, hebt er hervor, daß, wenn er nur zehn solche treue Genossen hätte wie den mitangeklagten Hölzel, dann würde er die ganze Welt aus den Angeln heben.

Vom Rechtsanwalt Hegewisch wurden eine Reihe Beweisanträge gestellt, die die Ladung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, des Leiters der politischen Polizei Berlin Abt. Ia usw. forderten. Das Gericht beschloß, in der Donnerstag-Verhandlung darüber zu beraten.

Den politischen Sinn der Unternehmungen bewies Plättner noch damit, daß die Entlarvung des Generals Bermondt ebenfalls von Gruppenangehörigen des obersten Aktionsrates ausgeführt worden sei. „Gemeine Räuber" würden sich doch mit solchen Sachen nicht befassen.

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

Ein Anschlag auf den Genossen Urban?

Am Dienstagmittag erschienen in der Wohnung des Genossen Urban zwei Männer und fragten nach ihm. Auf die Frage seiner Frau nach dem Woher und Wohin dieser beiden Leute, verweigerten sie jede Auskunft. Eine halbe Stunde später erschienen dieselben Leute und brachten noch einen Dritten mit. Von Hausbewohnern wurde der Genossin Urban mitgeteilt, daß von dem Dritten das Haus schon längere Zeit beobachtet wurde und daß dieser ein „Stahlhelm"-Mitglied sei. Eine sofortige Anfrage bei der Polizei, ob von der Polizei oder Staatsanwaltschaft irgendwelche Schritte gegen den Genossen Urban eingeleitet worden sind, wurde verneint. Da inzwischen der Frau des Genossen Urban die blödesten Drohungen mitgeteilt worden waren, so sollte Genosse Urban in Eisleben für die erste „Stahlhelm"-Leiche, die „Halleische Zeitung" schreibt wohl in Erkenntnis dieses Blödsinns von „Stahlhelm"-Fahne, 400 000 Mk. ausgesetzt haben, Urban soll im Park am 36er-Denkmal an einen Baum aufgehängt werden usw., so ging die Genossin Urban in der begründeten und berechtigten Annahme, daß die „Stahlhelm"-Leute, die zweimal sehr eingehend sich nach dem Genossen Urban erkundigten, alles andere im Schilde führten, als ihm etwa zu seiner Avancierung zum „Sowjet-General", zu dem ihn die „Halleische Zeitung" machte, zu gratulieren, zum 5. Polizeirevier und teilte diesen Vorfall mit. Die „Halleische Zeitung" weiß denn zu berichten, daß „der Kommunisten-General von Eisleben polizeilichen Schutz angefordert hat. Herr Urban straft mit dieser Tatsache die verdrehten „Klassenkampf"berichte selbst Lügen. Sein böses Gewissen ist ihm zum Verräter geworden." Der „Halleschen Zeitung" wollen wir nur zur Beruhigung mitteilen, daß Genosse Urban es nicht nötig hat, in seine Wohnung sechs Sipobeamte zu legen, wie es seinerzeit der deutschvölkische Held Blümel glaubte tun zu müssen.

Da aber die Mordhetze durch das Hakenkreuzorgan nicht ausreicht, so wird weiter von Mund zu Mund gehetzt. Und daß sich einzelne Fanatiker tatsächlich mit dem Gedanken der Beseitigung einzelner Genossen tragen, das beweisen die zahlreich uns zugegangenen Beobachtungen und Warnungen, auch von Leuten, die nicht unserer Partei angehören. So hat ein ganz Schlauer u. a. folgenden Plan ausgeheckt:

Ein paar „Stahlhelm"-Leute sollen sich als Kommunisten „verkleiden" und bei gegebener Gelegenheit die einzelnen Genossen ansprechen. Zufällig trifft dann dieser Trupp auf einen Trupp „Stahlhelm"-Leute. In der sich darauf entwickelnden Schlägerei sollen dann die Genossen totgeschlagen werden.

Schade, daß dieser feinausgeklügelte Plan zu unserer Kenntnis gekommen ist. Kommunisten sind eben überall, Kommunisten haben ihre „ungewaschenen Ohren", um mit der „Halleschen Zeitung" zu reden, überall. Also, Ihr verehrten Mordbanditen, einen anderen Plan ausgeknobelt.

Eine Feststellung

Herr Luckner suchte uns gestern persönlich auf und erklärte, daß er den Ausspruch: „Am Sonntag muß es sich in Eisleben entscheiden, ob die schwarzweißrote oder die rote Fahne über Mansfeld weht," nicht getan hat. Er glaubt, daß er mit jemand anders verwechselt worden ist. Er ist an diesem fraglichen Abend in einer Sitzung des Bundes „Scharnhorst" gewesen und hat dort nur einige Episoden aus dem Leben der Besatzung des Hilfskreuzers „Seeadler" erzählt. Im übrigen sei er ein vollkommen unpolitischer Mann und gehöre keiner Partei an. Er fühle deutsch und sich verpflichtet, da er der einzige ist, der von der „Seeadler"-Besatzung gesund geblieben ist, für seine Kriegskameraden zu sorgen. Sein ganzes Bestreben sei es, die einzelnen Bevölkerungsschichten zu versöhnen und zwischen den Klassen ein solch kameradschaftliches Verhältnis zu schaffen, wie es zwischen Führer und Mannschaft auf dem „Seeadler" bestanden habe.

Mit dieser Erklärung des Herrn Luckner ist unsere gestrige Mitteilung, daß der Leitartikel der „Halleschen Zeitung" von Herrn Luckner herrührt, hinfällig. Tatsächlich ist der saubere Bursche, der vor Severing auf dem Bauche rutscht und das Verbot des „Klassenkampf" fordert, ein Herr von der Redaktion des deutschvölkischen Mordhetzerorgans. Die Verwechslung ist durch einen Hörfehler bei der telephonischen Uebermittelung entstanden.

Sozialdemokratische Alarmrufe

Das Treiben der Hitlerbanden im ganzen Reiche hat jetzt auch die sozialdemokratische Presse aufgeschreckt. Sie sieht, daß die Situation äußerst ernst ist, ernster als im vorigen Jahre durch den Rathenau-Mord. Wir haben bereits damals, als die faszistischen Organisationen ihre republik- und arbeiterfeindlichen Aufmärsche begannen, die Arbeiterschaft aufgefordert, sich zusammenzuschließen, Abwehrformationen gegen den Faszismus zu bilden, den Kampf zu organisieren usw., um die Gefahr bereits im Keime zu ersticken. Die Sozialdemokratie hat uns wegen der Aufrüttelung der Massen mit allen Mitteln bekämpft, hat uns verleumdet und beschimpft und die Arbeiterschaft daran gehindert, die Gefahren zu beseitigen. Heute steht sie die von uns tagaus tagein geschilderten Gefahren selbst und verlangt energisch von den Regierungsbehörden gegen die schwarzweißrote Reaktion einzuschreiten.

Die Dienstag-Ausgabe des hallischen „Volksblattes" zählt auf der ersten Seite all die Attentate und Verbrechen der völkischen Verschwörer auf, die an einem einzigen Tage gegen Sozialdemokraten und gegen sozialdemokratische Einrichtungen verübt worden sind und zieht in einem Leitartikel die Bilanz für die Republik nach dem Rathenau-Mord. Diese Bilanz des einjährigen Kampfes der Sozialdemokratie gegen die Feinde der Republik ist eine einzige schwere Anklage gegen die burgfriedliche Politik der sozialdemokratischen Führer. Und jetzt, wo es vielleicht wieder zu spät ist, wo die Reaktion marschbereit ist, wo der offene Bürgerkrieg bereits tobt, wo sozialdemokratische Druckereien von den Faszisten gesprengt werden, wo sozialdemokratische Arbeiter von Hakenkreuzlern unter dem Schutze der republikanischen Polizei verprügelt werden, jetzt bläst auch die sozialdemokratische Presse Alarm und wendet sich in ihrer Nervosität nach Merseburg an den Genossen Bergemann, nach Magdeburg an den Genossen Hörsing, nach Berlin an den Genossen Severing, jetzt also, wo alles brennt und auch Severing und Hörsing machtlos sind, sollen sie helfen, und Maßnahmen gegen die Verschwörer- und Mörderorganisationen ergreifen. Vor einigen Wochen erst hat sich die Bezirksleitung der KPD. von Halle-Merseburg an die VSPD. gewandt, um ein gemeinsames Vorgehen gegen den Faszismus in Mitteldeutschland durchzuführen. Bis heute hat die VSPD. auf diesen Brief noch nicht geantwortet! Sind die sozialdemokratischen Arbeiter mit dieser Taktik einverstanden? Wenn die sozialdemokratischen Führer, die heute zwar die Gefahr sehen, die Arbeiter aber an dem Zusammenschluß, an der Bildung von Betriebshundertschaften, hindern, dann müssen die Arbeiter jetzt einen Schritt vorwärts machen und selbst dazu übergehen, den Abwehrkampf mit ihren kommunistischen Klassengenossen zu organisieren. Es ist jetzt keine Zeit mehr zu verlieren. Wenn erst die sozialdemokratischen Führer gezwungen sind, sich an die Arbeiter zu wenden, dann wird es diesmal zu spät sein.

Internationale Arbeiterkinder-Woche

Im „Volkspark" fand am Mittwoch vor überfülltem Saale nachmittags 3 Uhr eine Kinderversammlung statt. Geleitet wurde die Versammlung von den Kindern selbst. Genosse Engel erzählte ihnen, warum die Arbeiterkinder der ganzen Welt in dieser Woche Versammlungen und Demonstrationen abhalten. Die Kleinen bekundeten durch Zwischenrufe, daß sie den Redner verstanden haben. Sie wollen eine Schule, die keine Drillschule ist, in der sie nur geprügelt und zu Dienern und Knechten der Kapitalisten „erzogen" werden; sie wollen Schulspeisung, freie Lernmittel, gute, gesunde Wohnungen; sie wollen Licht und Sonne. Als die Diskussion begann, wurde es sehr lebhaft im Saal. Im Nu war die Bühne voll von Kindern, die alle reden wollten. Und sie redeten einer nach dem anderen. Und alle erhoben Anklagen gegen Lehrer und Lehrerinnen, die die Kleinen schikanieren, prügeln mit Gesichten über Helden und Kaiser füttern. „Wir Arbeiterkinder sollen nicht darüber nachdenken, daß das Leben anders sein könnte", so rief empört einer der Kleinen am Schluß seiner Ausführungen in den Saal. Ein anderer wieder betonte, daß die Eltern, Elternbeiräte und die Kindergruppenleiter den Kindern helfen müssen. Wir müssen uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Ziele kämpfen —" usw. usw., bis die Diskussion abgebrochen werden mußte, da noch ein kleines Theaterstück aufgeführt werden sollte. Um 5 Uhr war die Versammlung beendet. Im geschlossenen Zuge zogen dann die Kinder nach dem Hallmarkt, wo der Zug mit dem Hinweis aufgelöst wurde, daß am Sonntag, dem 1. Juli, eine Kinderdemonstration auf dem Hallmarkt stattfindet.

Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine

Oeffentliche Elternversammlung

statt, in der Lehrer Lange aus Berlin, spricht.

Arbeiteretern, unterstützt Eure Kinder im Kampf gegen die Schulreaktion. Erscheint in Massen.

Lehrer und Gegner sind besonders eingeladen.

Kommunistische Kindergruppe. Proletarische Kulturvereinigung. Arbeiter Bildungsverein Trotha. Arbeiter Schwimmverein. Kommunistische Jugend. KPD. Halle.

* **Der „Nährwert" der produktiven Arbeit.** In der deutschvölkischen „Halleschen Zeitung" schreibt der Berichterstatter über die letzte Stadtverordnetensitzung allen Ernstes, daß Genosse Zillgenstein bei der Debatte über die Wohnungsbauabgabe gesagt habe: **„Die bürgerliche Gesellschaft lebt vom Nährwert der produktiven Arbeit."** Wie wenig volkswirtschaftliche Kenntnis diese erbärmlichen Soldschreiber der bürgerlichen Presse besitzen, zeigt dieser Satz. Wir empfehlen diesem deutschvölkischen Schmock, sich doch einmal bei einem kommunistischen Jugendgenossen zu betragen, was „Mehrwert" ist.

* **Ein nervöser Sipobeamter.** Am Dienstag spielten mehrere Kinder an der Glauchaer Schule mit einem Fußball. Ein hinzukommender Sipobeamter nahm den Kindern den Fußball weg. Als ein Schwerkriegsbeschädigter den Sipobeamten bat, die Kinder doch ruhig spielen zu lassen, da nichts gefährdet sei und die Schulkinder doch hier immer spielen, wurde der Beamte sehr nervös. Er drohte mit der Faust und zog schließlich seinen Revolver, um die herumstehenden Frauen auseinanderzujagen. Wir sind der Meinung, daß sich dieser Beamte nicht für den öffentlichen Dienst eignet. Er sollte darum so schnell wie möglich von diesem Posten entfernt werden, damit er nicht noch mit der Waffe Unheil anrichten kann.

* **Keine Wohnungsnot?** Ein Arbeiter schreibt uns: Die Wohnungsnot scheint in Halle gar nicht so groß zu sein, wie immer geschrieben wird, denn sonst könnte es doch nicht vorkommen, daß eine Wohnung seit März bis vor etwa 14 Tagen leerstehen kann. Ich wurde im März aus der Wohnung des Hauses Torstraße 34 durch das Mieteinigungsamt rausgesetzt. Jetzt ist in diese Wohnung die neuvermählte Tochter des Hauswirts Thomas eingezogen. Es scheint, daß das Wohnungsamt von diesen Vorkommnissen gar nicht unterrichtet ist. Wenn die Hauswirte, deren Häuser und Wohnungen jetzt nur noch auf Kosten der Mieter gebaut und instandgehalten werden, so mit den Wohnungen verfahren dürfen, werden diejenigen, die schon jahrelang auf eine Wohnung warten oder in elenden Löchern hausen, überhaupt keine Wohnung bekommen.

* **Desinfektion übelriechender Anlagen.** Es wird erneut auf die Polizeiverordnungen über die Desinfizierung und Räumung von Anlagen, welche einen üblen Geruch verbreiten, sowie Beseitigung des Inhalts derselben hingewiesen. Hiernach sind derartige Anlagen durch Anwendung geeigneter Desinfektionsmittel fortwährend in einem gestankfreien Zustande zu erhalten. Ihre Entleerung darf nur mittels dichtschließenden Tonnen oder Maschinenpumpen geschehen und muß so frühzeitig erfolgen, daß ein Austreten des Inhalts infolge Ueberfüllung vermieden wird. Uebelriechende Stoffe, die zur Düngung von Aeckern bestimmt sind, die in der Nähe bewohnter Gebäude, öffentlichen Wegen oder Promenadenanlagen liegen, sind sofort unterzupflügen oder durch geeignete Mittel gestankfrei zu machen.

* **Wer kennt die Leiche? Am 24. Juni wurde an Hoffmanns Ueberfahrt, Böllberger Weg, eine unbekannte männliche Leiche im Alter von 25 Jahren aus der Saale gezogen.**

* **Beim Aufspringen auf die Straßenbahn überfahren.** Am Mittwochnachmittag kam in der Großen Brunnenstraße eine Kontoristin beim Aufspringen auf einen sich in voller Fahrt befindlichen Motorwagen der Straßenbahn zu Fall und geriet unter den nachfolgenden Anhängewagen. Dabei wurde ihr der rechte Fuß abgefahren. Die Verunglückte wurde nach dem Polizeirevier gebracht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0005

und von dort mit dem Krankenwagen der Klinik zugeführt. Lebensgefahr liegt nicht vor. Soweit durch Augenzeugen bekundet wird, trifft den Führer der Straßenbahn keine Schuld.

• **Aus dem Polizeibericht.** In der Nacht zum Sonntag wurden aus der Handwerkerstube des Waisenhauses der Franckschen Stiftungen 1 elektrisches Bügeleisen, 15 Meter grober blauer Anzugstoff, 19 Meter schwarzes, baumwollenes Flanelluntter, 8 Rollen Maschinengarn und 3 Rollen Heftgarn entwendet.

• **Falscher Kriminalbeamter.** Am Mittwoch wurde eine Dame, die für die Kinderhilfe Mitglieder wirbt und Gelder kassiert, von einem Manne, der sich als Kriminalbeamter ausgab, angehalten und zur Herausgabe der Listen und des Geldes aufgefordert. Die Listen hat er an sich genommen, das Geld wurde ihm aber nicht ausgehändigt. Es handelt sich um einen Betrüger, dem es anscheinend um die Erlangung des Geldes zu tun war.

• **Ein möbliertes Zimmer wird sofort gesucht.** Meldungen an den Verlag des Klassenkampf, Lerchenfeldstraße 14.

Lettin. Solidarität. Bei der Sonnenwendfeier des Lettiner Wanderer- und Mandolinenklubs wurden für die Opfer der Höringschen Polizeiaktion 23 852 Mark gesammelt. An die „Rote Hilfe" wurden 13 352 Mark abgeführt, 10 000 Mark wurden den Hinterbliebenen der beiden gefallenen Genossen Baier und Schmoll übergeben.

Hohenthurm. Ein Beispiel christlicher Nächstenliebe. Am Sonntag früh wurde die Frau des Gutssekretärs R. von solch heftigem Lungenbluten betroffen, daß ihr Zustand sehr bedenklich war und der herbeigerufene Arzt aus Landsberg die sofortige Ueberführung nach Halle anordnete. Ein Nachbar (auch ein Gutsbesitzer) verfuhr, da höchste Eile geboten war, eines der vorhandenen Personenautos auf dem Rittergut zu bekommen. Er stieß aber bei dem Gutsdirektor Hapig auf Schwierigkeiten, denn er wollte nicht zulassen, daß bei den teuren Benzinpreisen die Autos zu derartigen Zwecken verwendet werden. Ein Eselwagen werde dieselben Dienste tun. Dagegen fahren die Töchter des Direktors Hapig nach Halle zu den Tee- und Kaffeekränzchen und umgekehrt die Herrschaften aus Halle nach Hohenthurm, ohne Rücksicht auf die Benzinpreise, vielleicht auch ohne Wissen des eigentlichen Eigentümers. Was hat wohl z. B. letzthin die Hochzeit der Tochter des Hapig allein an Benzin gekostet? Für die kranke, gefährdete Frau eines Sekretärs ist natürlich der Benzin zu teuer, für die Vergnügungen der Direktorfamilie dingegen nicht. Es handelt sich ja auch nur um die Frau eines Sekretärs.

Aus der Provinz

Mit Hochdruck an die Arbeit!

Wie in unserem Bezirk, so haben in ganz Deutschland die Kommunisten alles getan, um in einer achtägigen

Werbekampagne für Partei und Presse

alles um unsere Fahne zu scharen, was unter dem Drucke des Kapitals nus front. Die Werbewoche muß

in Stadt und Land

alle Genossen mobil finden. Kein Tag darf vergehen, ohne daß unsere Genossen sich ihrer Pflicht bewußt werden. Mit Geduld, Ausdauer und Energie gilt es

in Betrieb und Werkstatt

die Massen an uns heranzuziehen. Die Genossen haben leichte Arbeit. Jeder, der ausgebeutet und geknechtet ist, muß ein

neuer Abonnent des „Klassenkampf"

werden. Jeder Genosse hat es leicht. Er weise nur auf die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hin, und wir haben gewonnenes Spiel.

Jene lügt, wir sagen die Wahrheit.
Jene verschweigt alles, wir entlarven alles.
Jene verheimlicht und beschönigt die Kämpfe gegen die Teuerung — wir schreiben über sie die Wahrheit.
Jene verleumdet die Streikenden, bewirft sie mit Schmutz — wir unterstützen und ermuntern sie.
Jene jammert über die Teuerung — wir sagen es, was zu tun ist.
Jene haben den Ruhrkampf längst verraten, nur wir kämpfen noch erbittert gegen Poincaré.

Wollt Ihr zurückstehen, Genossen in Mitteldeutschland, wenn in ganz Deutschland die Kommunistische Partei die Massen zum Kampfe sammelt? Ihr wollt und Ihr werdet es nicht! Sondern Ihr werdet an der Spitze marschieren in der Gewinnung neuer Leser, wie auch im Werben

neuer Mitglieder für die Partei.

Darum, wo Ihr noch einen Proletariet findet, der uns noch fernsteht, klärt ihn auf, zeigt ihm, daß sein Platz in unseren Reihen ist. Nur so können wir die große proletarische Kampffront schaffen, die die Burgen des Kapitalismus niederzwingt.

Die Werbewoche vom 23. bis 30. Juni ist Mobilmachung der ganzen Partei!

Neue Abzüge von der Lohnsteuer

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde folgende Erhöhung der Abzüge von der Lohnsteuer beschlossen:

1. Für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau	monatlich je	6 000 Mk.
	wöchentlich je	1 440 „
	täglich je	240 „
2. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind	monatlich je	40 000 Mk.
	wöchentlich je	9 600 „
	täglich je	1 600 „
3. Für Werbekosten	monatlich	50 000 Mk.
	wöchentlich	12 000 „
	täglich	2 000 „

Erhält z. B. ein Arbeiter, der Frau und zwei Kinder besitzt, einen Wochenlohn von 200 000 Mk., so ergibt sich folgendes:

Steuern (10 Prozent) gleich	20 000 Mk.
Steuerfrei für den Mann	1 440 Mk.
Steuerfrei für die Frau	1 440 „
Steuerfrei für zwei Kinder	19 200 „
Werbungskosten	12 000 „
Summa:	34 080 Mk.

Dieser Arbeiter würde keine Lohnsteuern zu zahlen haben. Die Erhöhung der Abzüge tritt am 1. Juli in Kraft.

Totengräber der Erziehung!

„Totengräber der Erziehung" nennt die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung die Menschen, die es wagen, den proletarischen Kindern zu sagen, daß Rohrstock und nationalistische Verhetzung sie zu Sklaven des kapitalistischen Systems machen sollen. Die reaktionäre Welle hat auch die Schulen erfaßt. Mit vermehrtem Eifer sind die Lehrer bestrebt, getreu des Erlasses ihres ehemaligen Landesvaters Wilhelm II, den sozialistischen und kommunistischen Ideen entgegenzuwirken."

Ein heillloser Wirrwarr herrscht. „Erziehung zum Staatsbürger", „zur „Staatsgesinnung", „freudige Bejahung des Staates", treiben die tollsten Blüten. Die Mehrzahl der Lehrer, den Rechtsparteien angehörig, erzieht ungeniert Monarchisten. Ein anderer Teil erzieht zum stinesrepublikanischen Staatsbürger.

Erziehung zum Sklaven — auf jeden Fall ist das die Aufgabe der kapitalistischen Staatsschule.

Totengräber dieser Erziehung zu sein, muß Ehrentitel jedes Proletariers sein, dessen Kampf gegen die Verblödung der proletarischen Jugend gerichtet ist. Hinter den Kommunistischen Kindergruppen jagt die Bourgeoisie her. Der Kampf der Kommunistischen Kindergruppen gegen Rohrstock und nationale Verhetzung nennen die Staatsanwälte „Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Landfriedensbruch" und „Landesverrat".

In der Zeit vom 24. bis 30 Juni veranstalten die Kommunistischen Kindergruppen ihre 3. Internationale Arbeiter-Kinderwoche. Kampf der Schulreaktion, Kampf der kapitalistischen Kinderausbeutung, für die Losungen der Arbeiterkinder!

Nieder mit der kapitalistischen Staatsschule! Nieder mit den Rekrutenbepots des Faszismus! Es leben die Kommunistischen Kindergruppen der Welt!

Pupitz. Aus einem Mieterparadies. Am Sonntag konnte man hier ein „Schauspiel" erleben. Im Hause des Arbeiters Wilhelm Möbis, Leipziger Straße 28, herrschen nette Zustände. Aber nicht etwa, weil dieser sich seit etwa zwei Jahren mit seinem Nachbar vor Gericht herumstreitet, nein, er ist auch ein ständiger Gast des Mieteinigungsamtes Merseburg (und dabei ist dieser Herr VSPD.-Mitglied!). Am Sonntag hat dieser Hauswirt den Mietern verboten, das Holz, das diese teuer erworben haben, in den Hof zu bringen, so daß der Steinmetz Ernst Engelmann sein Holz auswärts unterbringen mußte. Mieter, wie lange wollt Ihr Euch von dieser Sorte Hausbesitzer knechten lassen? Tretet ein in die Mieterorganisation, dann wird es auch möglich werden, so manchem Hauswirt das Handwerk zu legen.

Brehna. Die Denkmalsweihe — im Zeichen des Stahlhelms. Es ist so gekommen, wie wir vermuteten. Die Stahlhelmer soffen sich schon am Sonnabend im „Pelikan" in die notwendige „vaterländische" Stimmung hinein. Dazu paßte der Kirchgang vom Sonntag, an dem alle hiesigen bürgerlichen und zahlreiche auswärtige „Vereine", Stahlhelm, Werwolf, Bismarckbund usw., teilnahmen. Kinderklappern zierten die schwarzen oder grünen Bratenröcke. Dieser militärische Aufmarsch, an dem sehr viel „ganz" jugendliche Helden teilnahmen, war ein nationalistischer Hetz- und Werbetag, aber keine Denkmalsweihe. Die „Weiherede" am Denkmal klang aus in die Worte: „Blut und Leben fürs Vaterland, Blut und Leben für den Nächsten!" (Wenn's was einbringt! D. R.). Die Hülle fällt, drei Schüsse fallen über den Steinhaufen. Auch Bürgermeister Kurze macht — allerdings nur „ein wenig" — in Nationalismus. Die aus Arbeitern bestehende Musikkapelle Dölte spielt die bekannten, abgeleierten „Nationalhymnen". Den Sinn der Veranstaltung demonstrierten sehr eindringlich am Abend die vielen schwankenden Gestalten. War es teutscher Geist, der sie beseelte? Wir glauben, daß dieser Tag manchem Arbeiter und mancher Kriegerwitwe die Augen über das wahre Wesen solcher Veranstaltungen geöffnet hat. Den Schmerz und der Hunger der Kriegerwitwen und -waisen benutzt man zur Propaganda für neues Morden, für neuen Krieg. Da heißt es aufgepaßt, Proletarier! Schließt die Reihen und formiert Euch gegen das blutgierige Faszistengesindel!

Roitzsch. Gemeindevertretersitzung. Der Voranschlag für 1923 zu 1924 wird genehmigt. Er schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 180 000 000 Mk. Dem erneuten Antrag vom Herrn O. Schäpe auf Bewilligung des Wohnungsbauzuschusses wird zugestimmt. Die Hundesteuer wird vom 1. April wie folgt festgesetzt: Der erste Hund kostet 500 Mk.; der zweite Hund 5000 Mk.; der dritte Hund 10 000 Mk. für jeden weiteren Hund sind 25 000 Mk. mehr zu zahlen. Der Antrag des Zimmerer- und Maurermeisters Albrecht auf Belieferung von Leitungswasser für sein in der Bitterfelder Straße gelegenes Gartengrundstück, wird abgelehnt. Ueber die Eingemeindung eines Grundstückes vom Gutsbezirk in den Gemeindebezirk erklärt sich die Gemeindevertretung mit dem Schreiben des Kreisausschusses nicht einverstanden und verlangt den Beschluß des Kreisausschusses, andernfalls wird Beschwerde beim Bezirksausschuß erhoben. Den Gemeindearbeitern wird der Lohn um 100 Prozent für Monat Juni erhöht. Der Lohn beträgt nun 12 000 Mk. pro Tag. Etliche bürgerliche Vertreter jammerten sehr über diese Entlohnung und wollten gern noch einige 1000 Mk. abknöpfen. Die Elektrizitätsgesellschaft will die Zählermiete auf das 2fache erhöhen. Das wird einstimmig abgelehnt und der Ren in die Hand gegeben. Der Weg zwischen der Lückschen Wiese und dem Feld wurde an das Rittergut Lüde zum Preise von 2¾ Ztr. Roggen pro Morgen, verpachtet. Etliche Arbeitervertreter waren kurzsichtig und so konnte es nur geschehen, daß ein Gemeindeweg an einen Rittergutsbesitzer verpachtet wird, der schon über 1200 Morgen Land bewirtschaftet. Die Gemeindevertretung beschließt, bei Pilasterungen und Wegebesserungen den unentgeltlichen Gespannstelldienst einzuführen. Eine rege Debatte setzte ein, als der Gemeindevorsteher bekanntgab, daß allsonntäglich von ½1 Uhr an eine Stunde Freikonzert auf den Dorfplätzen stattfinden soll, damit die Invaliden und mittellosen Leute „auch etwas haben". Unsere Vertreter sind der Ansicht, daß den alten Leuten nur mit Brot und reichlichen Geldmitteln geholfen ist. In Roitzsch wird der erste Versuch gemacht, Hunger und Not mit Musik von der Welt zu schaffen! Gelingt es, kann es sich der Gemeindevorsteher Holschke patentieren lassen!

Zörbig. Schützenfestrummel und Arbeitersachen. Wie alljährlich, so beabsichtigt auch in diesem Jahre die hiesige „Schützengilde" ein Fest- und Königsschießen zu veranstalten, zu dem um zahlreichen Besuch aufgefordert wird. Schon im vergangenen Jahre war dies für die „Schützenbrüder" ein kleiner Reinfall. Zur Deckung der hohen Unkosten mußten sie noch ein Scherflein aus ihrer Tasche zulegen. So wird es auch am kommenden Sonntag werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft dieser Klimbim-Veranstaltung geschlossen fern bleibt. Durch den Besuch derartiger Veranstaltungen unterstützt Ihr das Bürgertum und schädigt Euch selbst. Denkt an all das Elend, was durch diese Gesellschaft heraufbeschworen wurde. Darum ergeht an die gesamte Arbeiterschaft der Ruf: Meidet die Veranstaltung derartiger Klimbim-Vereine und unterstützt durch zahlreichen Besuch die Veranstaltungen der Arbeiter-Vereine, so am kommenden Sonntag das Stiftungsfest des Sportklubs von 1907, der mit zwei guten Fußballspielen aufwarten wird.

Bitterfeld (Grepriner Werke). Der „Betriebsrat" Baum. Im Jahre 1918 versprachen die Sozialdemokraten das Paradies auf Erden. Der Klassenverrat dieser Spießerseelen hinsichtlich der Erfüllung ihrer phrasenhaften Versprechungen von Anno dazumal wird am drastischsten beleuchtet durch die Taten ihrer „Brustionrevolutionäre". Wir haben bereits einige solche Musterexemplare aus ihren Reihen gekennzeichnet. Wir wollen heute wiederum ein solches Exemplar ins rechte Licht rücken. Auf den Berliner Werken hat der frühere „revolutionäre" Arbeiter- und Soldatenratshäuptling Baum als Betriebsrat sein Domizil aufgeschlagen. Mit der Würde eines Hauspaschas und der frechen Stirn eines hornierten Spießers redet dieser Mann in aller Oeffentlichkeit vom Kampfe gegen das Ueberstundenunwesen und der unerhörten Ausbeutung des Kapitals. Seine Tätigkeit als Ohmann des Betriebsrates auf den Berliner Werken läßt erkennen, welche Esa-Natur diesem guten Mann innewohnt. Dort werden Ueberstunden wohl am meisten geleistet. Die zwölfstundenschicht ist eine alltägliche Erscheinung, gegen die Herr Baum nur mit den Mitteln des — Bierausschanks ankämpft. Die Bewegung unter dem fortschrittlichen Teile der Belegschaft, die sich gegen das Ueberstundenunwesen richtet und die deshalb versucht, den Ohmann des Betriebsrates zur positiven Arbeit zu zwingen, versteht Herr Baum meisterhaft abzuwürgen. Den Kollegen Sittner (USPD.), der Schriftführer des Betriebsrates ist, und es bisher immer gewagt hat, in den entsprechenden Sitzungen und Verhandlungen gegen die Praktiken des Unternehmertums anzukämpfen, hat er einfach von den Sitzungen ausgeschaltet. Wenn Herr Baum von den Arbeitern ob der Zustände im Werk zur Rede gestellt wird, weiß er natürlich von nichts. Das ist ja sehr erklärlich, denn die Tätigkeit des Herrn Baum erstreckt sich doch nur auf den Bankrotein der Werkskantine und das Bureau des Maschinisten- u. Fabrikarbeiterverbandes. Die Hauptrolle spielt auf dem Werk in einer der wichtigsten Abteilungen der Meister Theuer, der der Diktator im Ueberstundenunwesen ist. Diese Blüte des VDWB. der die Entwicklung der letzten 30 Jahre ganz bestimmt verschlafen hat, hat dieser Herr Baum noch nicht gewagt entgegenzutreten, wahrscheinlich infolge seiner Blutsbrüderschaft vom „Kriecherverein". Fürwahr, es sind ideale paradiesische Verhältnisse auf der Berliner. Vor uns liegt eine Liste aus einer einzigen Abteilung über die Ueberstundenschieber und die Zahl der geschobenen Ueberstunden in der letzten Woche. Leider müssen wir uns aus Platzmangel versagen, die Namen dieser Helden zu veröffentlichen. Wir hoffen aber, daß die gesamte Belegschaft in ihrer nächsten Betriebsversammlung Herrn Baum genügend scharf vor Augen führt, daß auch ohne ihn versucht werden wird, auf dem Werk aufzuräumen.

Bitterfeld. Nobel muß die Welt zugrunde gehen! Diesen Grundsatz stellen meist die Menschen auf, denen das Wasser bis an den Hals steht. Der „Verein der Berjtterten", einer jener konterevolutionären Klubs aus Wilhelms seeliger Zeit, war zum Kriechervereinsrummel nach dem Kyffhäuser am 10. Juni gezerrt. Da zur kaiserlichen Zeit die Kavallerie schon immer etwas den Sandlatschern voraus hatte, mußte es auch diesmal sein. Musike mußte mitgenommen werden, echte Kavalleriemusik. Die armen Musikusse bliesen aus Leibeskräften am 10. Juni in die Trompeten, in der Erwartung, auch gut bezahlt zu werden. Doch, o weh! Bis heute warten die Aermsten noch auf ihr Honorar. Als sie 2500 Mk. pro Stunde bei 10 Stunden Arbeit wahrlich nicht zu viel, forderten, sollen die Gesichter der maßgebenden Persönlichkeiten, der Fett- und Margarinefritzen, ganz geisterhaft verzerrt gewesen sein. Dem Vorstand, Margarinehändler ist sein Bervi, sollen sofort sämtliche Margarinepreise der letzten Tage durchs Gehirn geschwirrt sein, bei der Lohnforderung der Musiker. Wir raten den Kavalleristen beim nächsten Heerestreffen ein Grammophon mitzunehmen, das arbeitet zweifellos billiger, und gleichzeitig sind alle Reden Wilhelms II. auf Platten erhältlich.

Holzweißig. Eine öffentliche Volksversammlung findet am Freitag abend im Häserschen Saale statt. Der Genosse Krüger wird sprechen über das Thema: Vor dem Sturze der Republik?! Er wird die große Gefahr des Faszismus aufzeigen und eingehend die Eiselbener Sprüche behandeln. Da auch hier in Kürze ein „Stahlhelm-Bund" gegründet werden soll, ist das Erscheinen aller Proleten Pflicht.

Zschornewitz. Versammlungsbericht. Die von der KPD.-Ortsgruppe Zschornewitz am 19. Juni einberufene Volksversammlung war gutbesucht. Das Referat der Landtagsabgeordneten Genossin Wolfstein gipfelte darin, daß 1918 nach Abschaffung der Monarchie, das Gebot der Stunde war, die Regierungsgewalt in die Hände der Arbeiterschaft zu legen. Die Warnung der Kommunisten vor der demokratischen Staatsreform damals zeigten, daß der klare Blick proletarischer Klassenkämpfer es kommen sah, wie Deutschland in den Abgrund schlittern würde. Der Kapitalismus paßte sich sofort der republikanischen Staatsform an, in der sicheren Erwartung, auch mit Hilfe dieser Staatsform die Massen uneingeschränkt beherrschen und ausbeuten zu können. Daß diese Erwartung in Erfüllung gegangen ist, spürt wohl ein jeder am eignen Leibe. Anstatt der angekündigten Sozialisierung hat eine Sinnesänderung eingesetzt. Der größte Fehler der deutschen Arbeiterschaft war der, daß sie den Parolen ihrer großen Führer und Vorkämpfer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Gefolgschaft verweigerte. Der Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet liegt nicht nur der Reparationsforderung zugrunde, sondern um auch ein Faustpfand zu haben bei der kommenden Revolution. Nicht die passive Resistenz kann das Ruhrgebiet freimachen, nur ein festes Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland kann uns freimachen. Dazu gehört aber eine Reichs-Arbeiter-Regierung und diese zu schaffen muß Aufgabe der gesammten werktätigen Bevölkerung sein. Es gilt jetzt, sich einzustellen gegen Faszismus und Wucherium, gegen Ausbeuter und Schieber; dies kann nur geschehen durch die Arbeiterschaft, durch die Einheitsfront von unten heraus, gegen die Führerschaft der VSPD., denn diese wünscht gar keine Einheitsfront. Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft muß es sein, ihre Führer zu zwingen, die Einheitsfront auf dem schnellsten Wege zu schaffen, damit das Ziel erreicht wird, ehe weitere tausende Proletarier den Weg zum Friedhof wandern müssen. Der langanhaltende Beifall im überfüllten Saal zeigte, daß die Genossin Wolfstein im Sinne der Anwesenden gesprochen hatte. In der Diskussion ergänzten einige Genossen die Ausführungen der Referentin. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Eine Tellersammlung ergab den Betrag von 66 705 Mk. Diese Summe wird nach Abzug der Unkosten der Roten Hilfe übermiesen. Eine Anzahl von Neuaufnahmen und etliche Umschreibungen von Mitgliedern der VSPD. zeigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Mit einem dreifachen Hoch auf die Internationale wurde die Versammlung geschlossen.

Düben. Die Kraftposten Düben-Bitterfeld werden im Interesse der Landbewohner vom 1. Juli an in weiterer Weise nutzbar gemacht. Wie das Postamt durch Aushang bekannt gibt, wird von diesem Tage an der Stückgutverkehr zwischen den an der Linie liegenden Ortschaften aufgenommen. In Schwemsal, Rösa, Pouch, Mühlbeck sowie in Düben und Bitterfeld nehmen nunmehr die daselbst befindlichen Postanstalten Stückgüter bis zu 100 kg Meistgewicht je Stück an.

Sandersleben. Die Kommunisten sind an allem schuld! Durch fast die gesamte bürgerliche Hetzpresse geht eine Notiz von einem Einbruchdiebstahl bei dem Amtsgerichtsrat Roeber, dem es allerdings noch recht gut geht, denn es wurden gestohlen 2 Schinken, 1½ Speckseite (wem läuft da nicht das Wasser im Munde zusammen?), 1 Topf mit Fett, 2 Rotwürste, 3 Schlackwürste, 15 Knackwürste und eine Anzahl Flaschen Wein. Schuld an dem Diebstahl sind natürlich die Kommunisten, weil sie — die Mittel zur Anstellung eines dritten Wachtmeisters verweigert haben. Wenn es davon abhinge, müßte auf jeden Einwohner ein Schutzmann kommen. Und selbst dann würde es noch vorkommen, daß gestohlen wird. Die bürgerlichen Hetzblätter wissen ganz gut, daß die traurige wirtschaftliche Lage, daß Hunger und Elend die meisten Diebstähle verursachen, aber es muß eben jedes Moment, und sei es auch noch so blöde, herhalten, die Kommunisten zu verdächtigen. Die Arbeiter, die noch die bürgerliche Presse lesen, versündigen sich an ihrer eigenen Klasse. Heraus mit diesen Zeitungen, fest den „Klassenkampf", der eure Interessen energisch vertritt.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. In der am 17. Juni stattgefundenen Bezirksvorturnerstunde ist beschlossen worden, am 21. Oktober im „Volksport" ein Bezirks-Werbeturnen zu veranstalten. Alle Vereine des Bezirks werden ersucht, sich rektlos daran zu beteiligen. Vereine, die mitwirken wollen (auch Fußballer und Leichtathleten), werden gebeten, dies bis zum 1. August an den Bezirksvorturnwart Friedrich Mengel, Halle, Reffinerstraße 25, zu melden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Kreisfest des 5. Kreises in Halle. Alle Athletenvereine müssen am Montag, dem 9. Juli, abends 8 Uhr, nach Petzholds Restaurant, Charlottenstraße 19, zwei Delegierte zu einer wichtigen Besprechung senden. Kreis- und Bezirksvorsitzende müssen zur Stelle sein.

Arbeiter-Turnverein „Frisch auf", Rietleben. Am Sonntag weilte der Gruppenmeister der vierten Gruppe in Rietleben, um aus fällige Retourspiel im Faustball auszutragen. Schiraplau 2. — Rietleben 2. 35:37. Die beiden ersten Mannschaften der beiden Vereine kieferten sich einen an spannenden Momenten reichen Kampf, der zugunsten Rietlebens mit 08:05 Punkten endete.

VfB. Lettin. Sonntag, den 1. Juli, spielt auf eigenem Platze VfB. 1. gegen Burgund-Halberstadt 1., Bezirksmeister des 1. Bezirks. Lettin tritt in folgender stärkster Aufstellung an: Haal, O. Förster, E. Geißler, Ohme, R. Henze, W. Schulze, K. Matzaitz, Jabel, Kerkhen, R. Geißler, E. Holland. Die 2. Mannschaft spielt gegen Sportliche Vereinigung Braunschweig 2. auch auf eigenem Platze in folgender Aufstellung: Schramm, Köde, M. Holland, Röhrbein, Lüttich, Baicerel, P. Matzaitz, Klaus, O. Schulze, Nathan, Tesarabe. Die 3. Mannschaft spielt in Bernburg. Die Spiele beginnen um 2 Uhr. — Am Sonntag schlug Lettin 1. Olympia Dessau 1. nach schönem flotten Spiel mit 4:0. Die 2. Mannschaft unterlag Dessau 2. mit 2:4. Die Krise, welche VfB. durchmachen mußte, ist überstanden, so daß Lettin wieder einer der gefürchteten Gegner des 6. Bezirks sein wird. In den demnächst beginnenden Serienspielen werden sie wieder ihre alte Spielstärke unter Beweis stellen.

Turn- und Sportverein Wörmlitz. Sonntag, den 1. Juli, 12 Uhr, Treffpunkt an der Schule in Wörmlitz. Abmarsch zum höchstgelegenen Sportplatz nach Bruckdorf. Spielordnung ist mitzubringen. Die 1. und 2. Fußballmannschaft spielt gegen Bruckdorf 1. und 2. Die 1. Handballmannschaft spielt gegen 1. Handballmannschaft Zwintschöna. Alles muß pünktlich erscheinen. — Resultate vom Sonntag: Sportlust Halle 1. gegen Wörmlitz 1. mit 3:1. Die 2. Mannschaft von Sportlust war diesmal nicht angetreten. — Turnstunden Dienstags und Freitags von 8 bis 10 Uhr für männliche Athleten, Montags von 8 bis 10 Uhr für weibliche Mitglieder und Freitags von 6 bis 7 Uhr für Schüler.

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0006

Die endgültigen Posttariferhöhungen

Vom 1. Juli an gelten folgende Portosätze:

Postkarten im Ortsverkehr 60 Mark, im Fernverkehr 120 Mark.

Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 120 Mark, über 20 bis 100 Gramm 180 Mark, über 100 bis 250 Gramm 300 Mark, über 250 bis 500 Gramm 360 Mark; im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 300 Mark, über 20 bis 100 Gramm 360 Mark, über 100 bis 250 Gramm 450 Mark, über 250 bis 500 Gramm 540 Mark. Für den von Behörden abgesandten dienstlichen Aktenbrief über 250 bis 500 Gramm ist die bisherige Sondergebühr am 1. März 1923 weggefallen.

Drucksachen bis 25 Gramm 60 Mark, über 25 bis 50 Gramm 120 Mark, über 50 bis 190 Gramm 180 Mark, über 100 bis 250 Gramm 300 Mark, über 250 bis 500 Gramm 360 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 450 Mark, über 1 Kilogramm bis 2 Kilogramm 600 Mark. Die Drucksachenkarte unterliegt der Gebühr für Drucksachen bis 25 Gramm.

Geschäftspapiere bis 250 Gramm 300 Mark, die übrigen Portosätze für Geschäftspapiere wie bei Drucksachen.

Warenproben bis 100 Gramm 180 Mark, über 100 bis 250 Gramm 300 Mark, über 250 bis 500 Gramm 360 Mark.

Päckchen bis 1 Kilogramm 600 Mark.

Pakete bis 3 Kilogramm Zone 1 800 Mark, Zone 2 1600 Mark, Zone 3 1600 Mark, über 3 bis 5 Kilogramm Zone 1 1200 Mark, Zone 2 2400 Mark, Zone 3 2400 Mark, über 5 bis 6 Kilogramm Zone 1 1400 Mark, Zone 2 2800 Mark, Zone 3 4200 Mark, weiter von Kilogramm zu Kilogramm bis zu 10 Kilogramm 1. Zone je 200 Mark mehr, 2. Zone je 400 Mark mehr, 3. Zone je 600 Mark mehr, über 10 bis 11 Kilogramm 1. Zone 2500 Mark, 2. Zone 5000 Mark, 3. Zone 7500 Mark, weiter von Kilogramm zu Kilogramm bis 20 Kilogramm 1. Zone je 300 Mark mehr, 2. Zone je 600 Mark mehr, 3. Zone je 900 Mark mehr, für **Zeitungspakete** bis 5 Kilogramm 1. Zone 600 Mark, 2. Zone 1200 Mark, 3. Zone 1200 Mark.

Bei **Wertsendungen** beträgt die Versicherungsgebühr 1. für Wertbriefe und versiegelte Wertpakete für je 10 000 Mark der Wertangabe oder einen Teil von 10 000 Mark 100 Mark, 2. für unversiegelte Wertpakete bis zu einer vom Reichspostminister festzusetzenden Wertgrenze die Hälfte des unter 1 angegebenen Satzes. Einschreibegebühr wird für unversiegelte Wertpakete nicht mehr erhoben.

Postanweisungen bis 5000 Mark 200 Mark Porto, über 5000 bis 10 000 Mark 400 Mark, über 10 000 bis 50 000 Mark 800 Mark, über 50 000 bis 100 000 Mark 1200 Mark und für jede weiteren 100 000 Mark oder einen Teil dieser Summe 600 Mark mehr.

Postscheckgebühren: Für eine bare Einzahlung mit Zahlkarte bei Beträgen bis 5000 Mark 50 Mark, von mehr als 5000 Mark bis 10 000 Mark 100 Mark, von mehr als 10 000 Mark bis 50 000 Mark 200 Mark, von mehr als 50 000 Mark bis 100 000 Mk. 300 Mark, von mehr als 100 000 Mark bis 200 000 Mark 450 Mark, von mehr als 200 000 Mark bis 300 000 Mark 600 Mark, von mehr als 300 000 Mark bis 400 000 Mark 750 Mark, von mehr als 400 000 bis 500 000 Mark 900 Mark, von mehr als 500 000 Mk. bis 750 000 Mark 1050 Mk., von mehr als 750 000 bis 1 000 000 Mk. 1200 Mark, von mehr als 1 000 000 Mark bis 2 000 000 Mark 1500 Mark, von mehr als 2 000 000 bis unbeschränkt 2000 Mark.

Für bargeldlos beglichene **Zahlkarten** wird dieselbe Gebühr, im Höchstfall jedoch eine Gebühr von 600 Mark für eine Zahlkarte erhoben.

Telegraphengebühren: Für das gewöhnliche Telegramm im Fernverkehr (Fernte legramme) eine Grundgebühr von 400 Mark und eine Wortgebühr von 200 Mark, im Ortsverkehr (Ortstelegramme) eine Grundgebühr von 200 Mark und eine Wortgebühr von 100 Mark, für Pressetelegramme eine Grundgebühr von 200 Mark und eine Wortgebühr von 100 Mark.

Fernsprechgebühren: Der Teuerungszuschlag zu den Fernsprechgebühren wird von 2900 Prozent auf 14 900 Prozent erhöht.

Die Einschreibegebühr beträgt 300 Mark.

Der **Zersetzungsprozeß in der VSPD. von Mecklenburg-Strelitz**, der jüngst zur Aufstellung doppelter Listen für die bevorstehende Landtagswahl geführt hat, macht weitere Fortschritte. Sechs der bisherigen Landtagsabgeordneten der VSPD. sind aus der Partei ausgeschieden. Drei von ihnen sind bis jetzt zur KPD. übergetreten.

Gnadengesuch für Görges. Wie die „V. Z." meldet, ist ein offizielles Gnadengesuch für den wegen versuchter Sprengung der Rheinbrücke bei Mainz zum Tode verurteilten Landwirtschaftslehrer Görges gestern dem Revisionsgericht in Düsseldorf überreicht worden.

Ausland

Attentat auf Paschitsch

Wien, 27. Juni.

Das Agramer Korrbureau meldet aus Belgrad: Als Ministerpräsident Paschitsch um 1 Uhr nachmittags das Skupschtinagebäude verließ, gab der Bankbeamte Mihajlo aus Rate vier Revolverschüsse gegen ihn ab, ohne jedoch zu treffen.

Der mildtätige Faszismus. Mussolini hat alle Bewilligungen auf Auszahlung von Geldunterstützungen an die Opfer des **Aetna-Ausbruches** zurückgezogen, weil er der Ansicht ist, daß die gestellten Entschädigungsforderungen ein Vielfaches die wirklichen Schäden übersteigen. (Es handelt sich um kleine, meistens ganz arme Bauern.)

Vier nationalsozialistische Abgeordnete in der Tschechoslowakei, die sogenannte Urbanisch-Gruppe, wurden vom Parteischiedsgericht ihres Mandates verlustig erklärt, weil sie wegen „unlauterer Motiven" aus der Partei ausgeschlossen wurden. Das unlautere **Motiv besteht darin, daß sie zusammen mit den Kommunisten** gegen das berüchtigte „Schutzgesetz" stimmten. Die Scheidung der proletarischen und bürgerlichen Elemente in der nationalsozialistischen Partei wird durch diesen Entschluß beschleunigt.

Englands Rüstungen zur Luft. Der englische Premierminister begründete im Unterhause die Notwendigkeit der Verstärkung der Luftstreitmacht Englands um 34 Geschwader. Er erklärte, die Regierung sei zu der Schlußfolgerung gelangt, das neben den Bedürfnissen der Marine und des Heeres England eine Luftstreitmacht haben müsse, die stark genug sei, die Insel ausreichend gegen die Luftangriffe der stärksten Luftstreitmacht zu schützen. Die Rüstung kann sich natürlich nur gegen Frankreich richten, das die stärkste Luftstreitmacht ist.

Das Bekenntnis des Patriarchen Tichon. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphenagentur hat der frühere Patriarch Tichon dem Oberinstanzanwalt eine Erklärung zugehen lassen, in der er von seiner früheren gegenrevolutionären Tätigkeit abrückt und zugibt, ein Werkzeug in den Händen der Monarchisten gewesen zu sein. Tichon versichert die Sowjetregierung seiner Loyalität und bittet, diese Erklärung beim kommenden Prozeß zu berücksichtigen.

Tichon freigelassen. Am 25. Juni beschloß der Oberste Gerichtshof, dem Gesuch Tichons zu entsprechen und ihn in Freiheit zu setzen.

Eine Loyalitätserklärung Tichons genügte in Sowjet-Rußland, um ihn freizulassen. Was werden nun die verbohrten Feinde Rußlands über die „religiöse Unduldsamkeit", den „Terror" usw. sagen?

Gewerkschaftsbewegung

Die bankrotte Lohnpolitik der Gewerkschaften

Zu einer Bezirkskonferenz waren die Gewerkschaftsinstanzen des 11. Bezirks des ADGB. in Hamburg zusammengetreten, um zur „Lohnpolitik der Gewerkschaften" Stellung zu nehmen. Schon auf einer Konferenz der Hamburger Gewerkschaftsführer vor 14 Tagen und in der darauffolgenden Betriebsrätevollversammlung zeigte sich, daß die Gewerkschaftsführer unfähig sind, aus ihrer bankrotten Lohnpolitik die richtigen Folgerungen zu ziehen. Die letzte Bezirkskonferenz bot das gleiche Beispiel.

Bauer, der Vorsitzende der Bezirksbetriebsrätezentrale, und Ehrenteit, der Vorsitzende des Ortsausschusses Hamburg des ADGB., referierten. Bauer sprach — gegen eine Erhöhung des Lohnes bis zum Friedensstand, gegen eine Zusammenfassung der Lohnkämpfe, gegen die Industrieverbände und für die Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder. Ehrenteit plädierte für den kapitalistischen Wiederaufbau, gegen Arbeiter-Regierung, gegen Einheitsfront. Gleich Bauer forderte er, daß die Gewerkschaften den Parteien ihr politisches Programm aufzwingen sollten. Eine Schimpfkanonade gegen die Kommunisten bildet die würdige Begleitmusik.

Ohne Protest der Konferenz konnte der Redner erklären, daß der Klassenkampf zur Verdummung der Massen führe.

Die Annahme einer Resolution, in der keine einzige konkrete Forderung erhoben oder Richtlinie für die kommenden Kämpfe gegeben wird, schloß diese Bankrotterklärung.

Die Arbeiter dürfen nicht dulden, daß die nach eigenem Eingeständnis der Gewerkschaftsinstanzen, bankrott „altbewährte Taktik" des Verhandelns und der Ablehnung jedes Kampfes weitergeführt wird. Sie müssen die Durchführung einer Klassenkampfpolitik in den Gewerkschaften erzwingen.

Ein Beispiel für die gesamte Arbeiterschaft!

Wie faszistische Gewerkschaften gegründet werden

In Bochum glaubten die Faszisten den Zeitpunkt für gekommen, auf Arbeiterfang auszugehen. Sie beriefen also eine Versammlung ein, in der ein bekannter Nationalsozialist referieren sollte. Beabsichtigt war, einen Verein zu gründen, der „sich den Sozialismus zum Ziel setze" und in dem jeder Arbeiter, „der im Interesse des Vaterlandes kämpfen wolle", willkommen sein sollte. Die Mitgliedschaft sollte erwerben können:

1. Jeder Arbeiter, der den vorgenannten Bedingungen entspricht.
2. Andere Personen, wenn sie nicht über 50 000 Goldmark Vermögen haben. (Das sind nach dem heutigen Durchschnittskurs des Dollar 1½ Milliarden Papiermark.)
3. Noch Reichere als Ehrenmitglieder.

Die Tendenz dieser feinen Gewerkschaft braucht nach diesen Einzelheiten weiß Gott nicht mehr erläutert werden.

Die Begründungsversammlung in Bochum begann also. Die Arbeiter waren äußerst zahlreich erschienen. Zur Geschäftsordnung wurde ein Bureau gewählt, dem zwei Kommunisten und zwei Sozialdemokraten angehörten. Nachdem der Referent mit Angstschweiß und schlotternden Knien sein Sprüchlein vorgetragen hatte, **wurden die faszistischen „Arbeiterführer" gebührend gebrandmarkt.** In einer Resolution wurde gegen die Frechheit faszistischer Propaganda unter den Arbeitern protestiert, und der entschlossene Kampf gegenüber jedem Versuch zu einer faszistischen Gewerkschaftsgründung angesagt. Ein Antrag, den Ueberschuß aus den Einnahmen des Abends (der sich auf etwa 83 000 Mark belief, und den der Herr Referent für sich beschlagnahmen wollte) der „Roten Hilfe" zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Außerdem wurde durch Tellersammlung ein weiterer Betrag von 167 000 Mark aufgebracht, der ebenfalls der „Roten Hilfe" überwiesen wurde.

Das ist ein Beispiel, wie die Arbeiterschaft den nationalsozialistischen Versuchen, sich in den Betrieben einzunisten, zu begegnen hat. Sie darf jedoch nicht vergessen, daß es auch anders gehen kann. Die Nationalsozialisten werden aus solchen Beispielen, wie sie in Bochum eines erlebt haben, lernen und versuchen, sich durch Terror der Mehrheit der Arbeiterschaft gegenüber durchzusetzen. Dann ist auch das Proletariat gezwungen, mit gleichem Maße zu messen und jeden Versuch, „Betriebszellen oder Gewerkschaften auf solche Manier zu gründen, rücksichtslos abzuschlagen. Genügte in dem einen Falle die politische Einheitsfront sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter, so ist dann — und das gilt heute schon — die gemeinsame Organisierung der proletarischen Betriebshundertschaften nötig.

Pariser Bekleidungsarbeiterinnen im Streik

Seit Wochen tobt der Streik der Pariser Bekleidungsarbeiterinnen, der erste seit dem Jahre 1917, umfaßt beinahe die gesamte Pariser Bekleidungsindustrie. Die „Humanité", das Zentralorgan und „L'Donoriere", die Frauenzeitschrift der KPD. Frankreichs, loben die bewunderungswürdige Haltung der streikenden Arbeiterinnen.

Juliette Largois, eine Pariser Bekleidungsarbeiterin, schreibt u. a.:

Häufig hört man eine Kollegin sagen: Ich habe mein Zimmer aufgegeben und bin mit einer anderen Kollegin zusammengezogen. Das macht dann für jeden von uns nur die Hälfte der Miete.

Ich kenne in diesem Streik drei polnische Kolleginnen. Eine, die im sechsten Monat schwanger ist, hat ihren Trauring und ein Paar Schuhe verkauft, um essen zu können. Sie sagt: Ehe ich die Arbeit zum früheren Lohn wieder aufnehme, gehe ich lieber ins Gefängnis.

Eine von den dreien hat in den letzten Tagen Arbeit bekommen bei einer Firma, die bewilligt hat. Sie unterhält die beiden anderen, damit sie durchhalten können. Die Solidarität ist groß. — Ich traf dieser Tage in der elektrischen Bahn zwei Arbeiterinnen, die Herrenhosen ablesen gingen. Ich knüpfte mit ihnen eine Unterhaltung an und fragte sie: „Es ist doch Streik in der Bekleidungsindustrie. Sind Eure Forderungen denn bewilligt? Habt Ihr gute Löhne?" — „O, durchaus nicht", antworteten sie. Aber seit 14 Tagen hat man uns aufgebessert!" (Das heißt: seit Beginn des Streiks.) Die Unternehmer also haben Furcht vor einer Lohnbewegung, gaben daher „freiwillig" ein Almosen: früher 2,40 Frank für ein Paar Hosen, jetzt 3 Frank bis 3,25 Frank. Es handelt sich um Hosen, die im Laden für 39, 45, ja 50 Frank verkauft werden. — Ich sagte den Arbeiterinnen: „Das ist ja ein Schandlohn. Ihr fallt den Streikenden in den Rücken!" Sie antworteten mir, sie wüßten gar nichts von einem Streik. Sie kämen über der Arbeit fast nie aus dem Hause!

Vom Tage

Unfall des Schnellzuges Straßburg—Paris. In der Nähe von Nancois-Tronville, ungefähr 10 Kilometer von Bar-le-Duc, entgleiste der Schnellzug Straßburg—Paris. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, dagegen ist das Gleis auf eine weite Strecke vollkommen zerstört.

Sechs Jahre Zuchthaus für einen Postinspektor. Vor dem Schwurgericht München fand die Verhandlung gegen den 50jährigen Oberpostinspektor Pfaffinger statt, der beschuldigt war, von 1920 bis zu seiner Verhaftung im Februar 1923 aus den durch seine Hände gehenden Auslandssendungen fremde und deutsche Wertpapiere, Geldsorten, Briefmarken und Warenproben in damaligem Werte von 70 Millionen Mark entwendet zu haben. Pfaffinger wurde zu sechs Jahren Zuchthaus, 1 000 000 Mark Geldstrafe und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die bestohlene Landtagsabgeordnete. Die Berliner Wohnung der Landtagsabgeordneten Regenborn wurde gestern von Einbrechern heimgesucht. Gestohlen wurde ein Koffer mit sämtlichen Anzügen der Abgeordneten und eine lederne Handtasche mit Wertgegenständen im Werte von 15 Millionen Mark.

Hochbahn-Unglück in Neuyork. Nach einer Reutermeldung wurden bei dem Hochbahnunglück in Neuyork insgesamt acht Personen getötet. 53 verletzt.

Ueberfall im Ruhrgebiet. Nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus aus dem Ruhrgebiet wurde am Sonnabend die siebzehnjährige Ehefrau eines Bergarbeiters aus Schönebeck, als sie sich auf dem Wege von Kray nach Schönebeck befand, von einem französischen Eisenbahner in Zivil und zehn Soldaten überfallen, mißhandelt und vergewaltigt. Der jungen Frau wurde das Gepäck mit Lebensmitteln und Betriebsstoff im Werte von etwa einer Million Mark, ferner 98 000 Mark in bar weggenommen.

Die gegebene Einkaufsstätte des Kleinverbrauchers:
Schuhhaus Wiebach, Kl. Ulrichstraße 11|12.
3239

Hamburger Kaffee-Lager
Tee, Kakao Schokoladen Lebensmittel
zu billigsten Tagespreisen.
Thams & Garms
Bitterfeld, Markt Nr. 7.
*350

Johannes Rehbohm, Bitterfeld
Sommerstraße 4 *352 Fernruf 528
Beste und billigste Bezugsquelle für Lebensmittel aller Art.

Ansichtspostkarten empfiehlt Volksbuchhandlung.

Herr
42 Jahre alt, mittl. Figur, angenehmes Aeußere, dauernde Beschäftig., w. zw. spät. Heirat Damenbekanntschaft zu machen. Dame nicht über 34 Jahre alt und Kriegerwitwen angenehm. Off. u. S. J. 100 postlag. Zörbig. *349

Ich erkläre aus freiem Willen, daß ich nach den blutigen Vorgängen am Sonntag, dem 24. Juni, in Eisleben mich mit Abscheu von den Stahlhelmhorden trenne, aus dem Stahlhelmbund austrete und in die proletarischen Reihen zurückkehre.
K. Wischalla, Bergarbeiter (Dietrichschacht).

Kleine Anzeigen haben im „Klassenkampf" den besten Erfolg.

Regattes

3237
gute Qualitäten, vornehme Muster.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2

Parteischriften empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

Aus unseren Sondertagen blieben kleine Restbestände, die wir noch zu bekannt billigen Preisen abgeben.
Monteur- u. Köperanzüge, Wasch- u. Ladenkittel, Pilot-, Manchester-, Kord-, Satin- u. blaue Arbeitshosen, Lodenmäntel, Männer-, Barchent-, Trikot- und Einsatzhemden, extra große Schlafdecken, Scheuerschürzen, Damen-Kostümröcke und vieles mehr.
3233
Textil-Handels-Gesellschaft m. b. H.
vormals **Reinke,**
Leipziger Straße 55¹, am Niedeckplatz.

Allgem. Ortskrankenkasse des Saalkreises zu Halle a. d. S.
Auf Grund der Verordnungen des Reichsarbeitsministers ist der Grundlohn auf 53 300 Mk. erhöht und vom 1. Juli dieses Jahres an die für die Bemessung der Barleistungen und Beiträge maßgebende Stufeneinteilung geändert. Ebenso ist die Versicherungsgrenze für Betriebsbeamte, Angestellte rc. auf 21 000 000 Mk. festgesetzt. Das Nähere ergibt sich aus der Bekanntmachung im Amts- und Verordnungsblatt für den Saalkreis vom heutigen Tage, worauf die Beteiligten hierdurch hingewiesen werden. Die Herren Arbeitgeber erhalten noch besondere Mitteilung.
3229
Halle a. d. S., den 27. Juni 1923.
Der Vorstand: O. Keltsch, Vorsitzender.

Werbt für die Produktiv-Genossenschaft!

Genossen, kauft
Ia. frische **Tafel-Margarine**
Pfund-Würfel **15800**— Mark,
sowie alle anderen **Brotaufstriche**
zu billigsten Preisen bei
Hellmuth Hollmann, Bitterfeld
Walther-Rathenau-Straße 55
*351
(neben Möbelfabrik Ehricke).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

97] Von Charles de Coster

Die Dirnen lachten, höhnten sie und sagten:

„Schätzchen, Schätzchen, gib ihm zu trinken. / Er wird Dich umarmen. / Ist es lange, daß Du Deine erste Hochzeit hielteſt? / Hüte Dich, Ulenspiegel, sie will Dich fressen. / Sieh ihre Augen, sie glänzen, nicht von Haß, sondern von Liebe. / Man könnte meinen, daß sie Dich totbeißen will. / Sei ohne Furcht. / So machen's alle verliebten Frauen. / Sie will nur Dein Bestes. / Sieh, wie sie zum Lachen aufgelegt ist."

Und wahrlich, die Stevenynne lachte und zwinkerte Gilline, der Dirne im Brokatkleide, zu.

Der Wirt trank, zahlte und ging fort. Die sieben Metzger schnitten den Häschern und der Stevenynne Fratzen zum Zeichen des Einverständnisses. Einer unter ihnen machte eine Gebärde, daß er Ulenspiegel für einen Dummkopf hielte und ihn trefflich sezieren würde. Er steckte der Stevenynne, die lachend ihrer Hauer fletschte, spöttisch die Zunge heraus und flüsterte Ulenspiegel ins Ohr:

„'t is van te beven de klinkaert." (Es ist Zeit mit den Gläsern zu klirren.)

Dann ganz laut und auf die Häscher zeigend:

„Hochedler Reformierter, wir halten alle zu Dir; zahle uns Essen und Trinken."

Und die Stevenynne lachte vor Vergnügen und steckte Ulenspiegel auch die Zunge heraus, wenn er ihr den Rücken wandte. Und die Gilline im Brokatkleid steckte gleichfalls die Zunge heraus.

Und die Dirnen sprachen ganz leise: „Seht die Spionin, die durch ihre Schönheit mehr denn siebenundzwanzig Reformierte zu grausamer Tortur und noch grausamerem Tode gebracht hat. Gilline schwelgt in dem Gedanken an den Lohn ihrer Angeberei: die ersten hundert Karolusgulden vom Nachlaß der Opfer. Aber sie lacht nicht, wohlwissend, daß sie sich mit der Stevenynne wird teilen müssen."

Und alle, Häscher, Metzger und Dirnen, steckten die Zunge heraus, um Ulenspiegel zu höhnen. Und Lamm schwitzte große Tropfen und ward zornrot wie ein Hahnenkamm, doch er wollte nicht reden.

„Zahle uns Essen und Trinken", sagten die Metzger und Häscher.

„Wohlan", sprach Ulenspiegel und ließ von neuem seine Karolus klingen. „Gib uns zu essen und zu trinken, o reizende Stevenynne, aus Gläsern zu trinken, die klingen".

Darob lachten die Dirnen abermals und die Stevenynne fletschte ihre Hauer.

Gleichwohl ging sie in Keller und Küche und trug Schinken, Würste und Eierkuchen mit Blutwürsten auf, nebst Klingeglläsern, also genannt, weil sie einen Fuß hatten und beim Anstoßen wie ein Glockenspiel klangen.

Darauf sprach Ulenspiegel:

„Wen hungert, der esse; wen dürstet, der trinke."

Bei dieser Rede schlugen Häscher, Dirnen, Metzger, Gilline und die Stevenynne mit Händen und Füßen Beifall. Dann suchte sich jeglicher einen guten Platz; Ulenspiegel und Lamm und die sieben Metzger am großen Ehrentisch, die Häscher und Dirnen an zwei kleinen Tischen. Und sie aßen und tranken mit lautem Krachen der Kinnbacken, selbst die beiden Schergen, die draußen standen und von ihren Gefährten hereingeholt wurden, um an dem Schmaus teilzunehmen. Und aus ihren Ranzen sah man Stricke und Ketten herausgucken.

Da steckte die Stevenynne die Zunge heraus und sprach höhnlachend:

„Keiner kommt hinaus, der nicht bezahlt hat."

Und sie ließ alle Türen verschließen und steckte die Schlüssel in ihre Taschen.

Gilline erhob ihr Glas und sagte:

„Der Vogel ist im Käfig, laßt uns trinken."

Darauf sagten zwei Mädchen, Gena und Margot, zu ihr:

„Ist da wieder einer, den Du uns Leben bringen willst, schlechtes Weib?"

„Ich weiß nicht", sprach Gilline. „Laßt uns trinken."

Aber die drei Mädchen wollten mit ihr nicht trinken.

Und Gilline nahm ihre Laute und sang auf Französisch:

„Zum Klang der Mandoline
Sing' ich Nacht und Tag.
Ich bin die lose Gilline,
Feil jedem, der mich mag.

Starke ließ mit Lenden,
An Liebesgluten reich,
Meine weißen Schultern blenden,
Mein Leib ist göttergleich.

Von blankem Gulden mache
Die Säcke ich Euch leer.
Von blankem Golde lache
Zu Füßen mir ein Meer.

Des Teufels Tochter bin ich;
Frau Eve mich gebar.
Dein Traum sei noch so minnig,
Durch mich nur wird er wahr.

Kalt bin ich, sprühe Funken,
Bin sündlich untertan,
Bin lau, bin heiß und trunken
Nach Deinem Willen, Mann.

Seh, ich verkaufe Reize,
Die Seele, Augen blau,
Glück, Lachen, Tränentau,
Selbst Tod: mit nichts ich geize.

Zum Klang der Mandoline
Sing' ich Nacht und Tag.
Ich bin die lose Gilline,
Feil jedem, der mich mag."

Und während sie sang, war Gilline so schön, so hold und so minniglich, daß alle Männer, Häscher, Metzger, Lamm und Ulenspiegel stumm, gerührt und lächelnd dahaßen, vom Zauber gebannt.

Plötzlich brach Gilline in Gelächter aus, blickte Ulenspiegel an und sagte:

„So sperrt man die Vögel in den Käfig."

Und ihr Zauber war gebrochen.

Ulenspiegel, Lamm und die Metzger blickten einander an.

„Gelt, werdet Ihr mich bezahlen", sagte die Stevenynne, „werdet Ihr mich bezahlen, Junker Ulenspiegel, der aus dem Fleische von Predigern so gutes Fett gewinnt?"

Lamm wollte reden, doch Ulenspiegel hieß ihn schweigen und sagte zur Stevenynne:

„Wir bezahlen nicht im voraus."

„So werde ich mich später aus Deinem Nachlaß bezahlt machen", sagte die Stevenynne.

„Die Hyänen leben von Leichen", entgegnete Ulenspiegel.

„Ja", sprach einer der Häscher, „diese beiden haben das Geld der Prediger genommen, mehr denn dreihundert Goldkarolus. Das ist ein guter Batzen für die Gilline."

Diese sang.

„Wo fändest Du solche Reize?
Nimm alles, Augen blau,
Luft, Küsse, Tränentau,
Auch Tod: mit nichts ich geize."

Dann sagte sie hohnlachend:

„Laßt uns trinken!"

„Laßt uns trinken", sprachen die Häscher.

„Bei Gott", sagte die Stevenynne, „laßt uns trinken! Die Türen sind verschlossen, die Fenster haben starke Eisenstäbe, die Vögel sind im Käfig. Laßt uns trinken."

„Laßt uns trinken", sagte Ulenspiegel.

„Laßt uns trinken", sagte Lamm.

„Laßt uns trinken", sagten die Sieben.

„Laßt uns trinken", sagten die Häscher.

„Laßt uns trinken", sagte Gilline und ließ ihre Laute erklingen. „Ich bin schön, laßt uns trinken. Ich würde den Erzengel Gabriel in den Schlingen meines Liedes fangen."

„Wohlauf, zu trinken", sprach Ulenspiegel, „Wein, um das Fest zu krönen, und vom besten. An jedem Haar unserer durstigen Körper soll ein Tropfen flüssigen Feuers hängen."

„Laßt uns trinken", sagte Gilline; „noch zwanzig Gründlinge wie Du, und die Hechte werden aufhören zu singen."

Die Stevenynne brachte Wein. Alle saßen trinkend und schnaufend, die Büttel und Dirnen zusammen. Die Sieben saßen mit Ulenspiegel und Lamm am Tische und warfen Schinken, Würste, Eierkuchen und Flaschen von ihrer Tafel zu den Dirnen hinüber; die fingen sie im Fluge auf, wie Karpfen, die an der Oberfläche eines Teiches nach Fliegen schnappen. Und die Stevenynne lachte und fletschte ihre Hauer und wies auf Päckleln von Kerzen, fünf aufs Pfund, die über dem Zahltisch baumelten. Es waren die Kerzen der Dirnen. Dann sagte sie zu Ulenspiegel:

„Wenn man zum Scheiterhaufen geht, trägt man eine Unschlittkerze; willst Du jetzt eine?"

„Laßt uns trinken", sprach Ulenspiegel.

„Laßt uns trinken", sprachen die Sieben.

Die Gilline sagte:

„Ulenspiegel hat glänzende Augen wie ein sterbender Schwan."

„Wenn man sie den Schweinen zu fressen gäbe?" meinte die Stevenynne.

„Das wäre für sie Lichtmeß. Laßt uns trinken!" sprach Ulenspiegel.

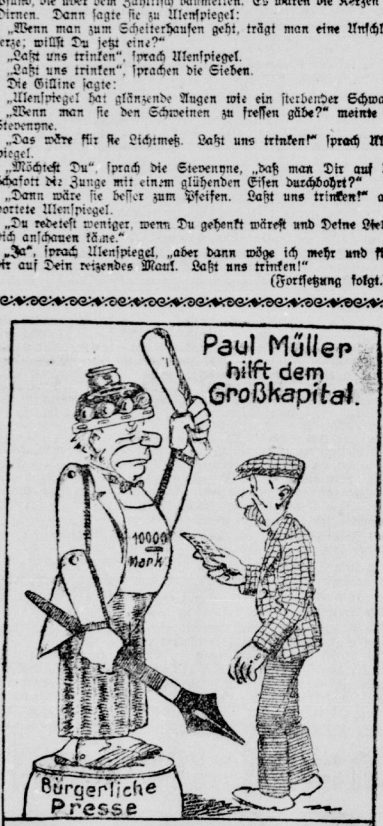
„Möchtest Du", sprach die Stevenynne, „daß man Dir auf den Scharfott die Zunge mit einem glühenden Eisen durchbohrt?"

„Dann wäre sie besser zum Pfeifen. Laßt uns trinken!" antwortete Ulenspiegel.

„Du redest weniger, wenn Du gehenkt wärest und Deine Liebste Dich anschauen könne."

„Ja", sprach Ulenspiegel, „aber dann möge ich mehr und stiele Dir auf Dein reizendes Maul. Laßt uns trinken!"

(Fortsetzung folgt.)



Soldaten der Revolution

Von Alfred Leidig

In der engen, niedrigen Kellerbehausung herrschte eine Atmosphäre, halb Pferdestallduft, halb muffiger Grabgestank, wie sie eben solchen Kultureinrichtungen des kapitalistischen Klassenstaates eigen sind. Eine Kommode, zwei Bettstellen, ein Tisch und drei Stühle, alles abgenutzt und wackelig, bildeten das Mobiliar dieser Höhle, der noch einige schimmelige Tapetenfetzen als Schmuck dienten.

Auf die Bewohner dieses Stalles schien die schlechte Luft und das Elend ihrer Umgebung wenig Eindruck zu machen. Eine Frau, Anfang der Vierzig, mit grauem Haar und leidbuchfurchten Gesichtszügen, war ebenso wie ihr gegenüber sitzender Sohn fieberhaft damit beschäftigt, bei dem trüben Schein einer Petroleumlampe Knöpfe auf dünnem Pappkarton aufzunähen, von denen ein großer Haufen auf dem Tische lag. Ein vierjähriger Knabe hockte auf dem dritten Stuhl und sah den beiden stumpfsinnig zu, während sich ein am Ofen kauerndes schwachsinniges Mädchen von achtzehn Jahren die Zeit damit vertrieb, indem sie fortwährend den Kopf von links nach rechts bewegte.

Draußen war es heller Tag, hier unten Nacht, immer ewige Nacht; nur wenn es draußen warm, schön warm war, und man dann die Kellertür öffnen konnte, drang spärliches Tageslicht herein. Die lähmende Stille dieses Dunkels wurde immer dann durch Hustenanfälle des jungen Menschen unterbrochen, wenn dieser sechzig Knöpfe aufgenäht hatte; zum Schluß spie er in einen nebenstehenden Napf.

Plötzlich klopfte es oben. Mutter und Sohn sahen sich betroffen an, selbst die Schwachsinnige hielt einen Augenblick überrascht den Kopf still.

Dann ging die Frau hinauf zu öffnen und kam mit zwei elegant gekleideten Damen wieder herunter.

Die eine Dame war groß und weitbrüstig, hatte ein rotes Quadratmeilengesicht mit Grübchen in den Wangen, die wie Spucknäpfe für Liebesgötter aussahen, ein langfleischig herabhängendes Unterkinn, das eine schlechte Fortsetzung des Gesichts zu sein schien, und einen hochaufgestapelten Busen. Die andere Dame bildete ganz den Gegensatz der eben beschriebenen. Das Gesicht, nur ein Mund zwischen den Ohren, die Brust trostlos öde, wie die Lüneburger Heide; die ganze ausgekochte Gestalt glich einem Freitisch für arme Theologen. — Diese ergötzliche Schilderung Heines kam dem jungen Menschen sofort in den Sinn, als er sich die Eintretenden betrachtete.

Die Dicke stellte sich als Kommerzienrätin vor, während sich die Dünne mit den Titeln: Sozialistin, Abgeordnete, Mitglied des Wohlfahrtsausschusses — begnügte. Nachdem beide ein paar wohlfeile Phrasen von Menschenliebe usw. gedroschen hatten, musterten sie zunächst die Umgebung, dabei hielt sich die Kommerzienrätin verstohlen ihr Taschentuch vor die Nase; streiften erstaunt die lange, schmale Gestalt des ruhig weiter arbeitenden jungen Menschen, und begannen dann seine mißmutig dastehende Mutter auszufragen.

„Lebt Ihr Mann?" fragte die Abgeordnete in einem Tone, der mitleidig klingen sollte, aber doch ihre Neugierde verriet.

Die Proletarierin schüttelte stumm und traurig den Kopf.

„Mein Vater ist von Noskegardisten ermordet worden!" setzte der junge Proletarier scharf hinzu; dann bekam er seinen fälligen Hustenanfall.

Um den Mund der Sozialistin gruben sich ein paar Falten. Die Kommerzienrätin war inzwischen zu dem kleinen Knaben geeiset und tätschelte ihm die Wangen. Daß man Handschuhe trägt, dachte sie dabei, ist doch eine famose Einrichtung.

„Haben Sie noch mehr Kinder als diese hier?" begann die Dünne wieder, jetzt schon etwas geschäftsmäßiger.

„Ja, noch eine fünfzehnjährige Tochter."

„Was macht diese und wieviel verdient sie?"

Der junge Prolet sah einen Moment von seiner Arbeit auf, arbeitete aber gleich wieder hastig weiter.

„Sie ist Laufmädchen und verdient 20 000 Mark die Woche", antwortete die Proletarierinnen, deren Gesicht sich langsam rötete.

„Ja, wie schlafen Sie denn da eigentlich?"

Erstaunt und neugierig ergriff die Dicke jetzt das Wort.

Einen Augenblick senkte die Proletin verlegen den Kopf. Dann sagte sie ruhig: „Der Kleine, ich und die da", sie zeigte nach der Schwachsinnigen, „schlafen in dem einen Bett, mein Sohn mit der Fünfzehnjährigen in dem anderen." — —

„Furchtbar! Entsetzlich!" erhoben die beiden Damen zu gleicher Zeit.

Während sich die Dünne eifrig Notizen machte, begann die Dicke von neuem: „Haben Sie Bettwäsche?" — —

Unschlüssig sah die Proletarierin ihren Sohn an. Dieser erhob sich heftig, riß die abgeschabten Decken von den Betten und setzte sich wieder, um weiter zu arbeiten.

Entsetzt starrten die beiden Damen auf die Betten. Nur Stroh befand sich darin; dazu schien es noch ziemlich alt zu sein!

Als sie sich von dem Schreck erholt hatten, ging die Fragerei von neuem los. Eine halbe Stunde lang. Die Proletarierin antwortete automatisch und einsilbig. Wenn den beiden vor Barmherzigkeit triefenden Damen nicht allmählich die dumpfe Luft auf die Nerven gefallen wäre, hätten sie vermutlich noch länger geschnattert. Beim Abschied meinte die Dünne tröstend: „Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, daß Ihnen geholfen wird."

„Das lassen Sie man ruhig sein, wir werden uns selber helfen!" Hart und scharf klang die Stimme des jungen Proleten.

Die sozialistische Abgeordnete, Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, sperrte sprachlos den Mund auf; der Kommerzienrätin blieb die Luft weg. Ja, zum Teufel, weshalb hatte man ihnen das Martyrium eines dreiviertelstündigen Aufenthalts in diesem Stinkloch auferlegt, wenn man jede Hilfe übermütig zurückwies! — Den Grund sollten die Herrschaften gleich erfahren.

Der junge Mensch erhob sich langsam und sagte zu der Kommerzienrätin, die ihn verständnislos anglotzte, kalt: „Wenn es Ihnen Vergnügen macht, gnädige Frau, besuchen Sie uns alle Tage, bringen Sie ihre sämtlichen Freunde und Bekannten mit; aber verlangen Sie nicht, daß wir Almosen nehmen, dazu sind wir nicht hündisch genug!" Er machte eine kurze Pause und wendete sich der Sozialistin zu. „Und Sie können den Proletariermördern, mit denen Sie an einem Tische sitzen, bestellen, daß ihnen ihre ganze Bestialität nichts genützt hat! Die Revolution marschiert, Millionen neuer Kämpfer befinden sich auf dem Marsche und werden sich von einem solchen Geschmeiß, wie Sie und Ihre Gesinnungsfreunde es sind, nicht aufhalten lassen!"

Während die fette Kommerzienrätin ängstlich nach der Kellertür starrte, zischte die sozialistische Vogelscheuche, die bei den Worten des jungen Proletariers grün und gelb im Gesicht geworden war: „Das größte Elend, aber das Geld für radikale Zeitungen ist da, die diese armen Menschen aufhetzen." — — — Und sie deutete nach dem auf dem Tisch ausgebreiteten „Klassenkampf", auf dem jetzt nur noch ein kleiner Haufen Knöpfe lag.

Der junge Proletarier konnte ihr nicht die gebührende Antwort geben, denn der mit Gewalt unterdrückte Husten kam zum Ausbruch und schüttelte seinen Körper. Seine Mutter aber sprang für ihn ein, ging die Kellertreppe hinauf, öffnete, und gab in nicht mißzudeutender Weise zu verstehen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hatte.

Und da schlichen die beiden Vertreterinnen einer bankrotten Staatsform wie geprügelte Hunde winselnd und kriechend hinaus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230628-18/fragment/page=0008